

Universität Augsburg
Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung
BA Sozialwissenschaften
Betreuer: Dr. Ulrich Roos

09.03.2015
WS 2014/2015

Abschlussarbeit des BA Sozialwissenschaften

mit dem Thema:

Regionale Wahrnehmungen fragiler Staatlichkeit in Afghanistan

und der Fragestellung:

„Wie gestalten sich die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan durch ausgewählte Regierungen?“

Fabian Sürdt
Reuschweg 101
56077 Koblenz

Fachsemester: 7
Matrikelnummer: 1207882
E-Mail: fabian.suerdt@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	1
FRAGESTELLUNG UND THEORETISCHER HINTERGRUND	4
FORSCHUNGSSTAND.....	10
A. FRAGILE STAATLICHKEIT – THEORETISCHES KONZEPT	10
B. AFGHANISTAN – STAATSBILDUNG UND STAATZERFALL	24
METHODIK.....	32
FORSCHUNGSDESIGN	36
FORSCHUNGSERGEBNISSE.....	37
A. DAS WESTLICHE LEITBILD VON STAATLICHKEIT ALS GLOBALE INSTITUTION	38
B. NATIONALE UND INTERNATIONALE MACHTSTRUKTUREN UND KONFLIKTLINIEN ALS WAHRNEHMUNGSFILTER.....	51
C. DER REGIONALE WETTKAMPF UM DAS AUSFÜLLEN DES PERZIPIERTEN MACHTVAKUUMS IN AFGHANISTAN NACH ISAF.....	57
FAZIT	63
A. RÜCKBINDUNG FORSCHUNGSSTAND.....	63
B. SELBSTREFLEXION	66
LITERATURVERZEICHNIS	69
A. FORSCHUNGSSTAND.....	69
B. FORSCHUNGSMATERIAL	74
ANHANG.....	78
EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG	79

Einleitung

Seit 2005 publiziert der amerikanische Think-Tank ‚Fund For Peace‘ jährlich ein Ranking, welches Nationalstaaten nach ihrer (In-)Stabilität ordnet. Dieser Failed State Index, seit 2014 erstmals Fragile State Index, bewertet Staatlichkeit anhand von zwölf Indikatoren und listet in der aktuellen Edition von 2014 Afghanistan auf Rang sieben der weltweit instabilsten bzw. fragilsten Nationalstaaten (vgl. Anhang 1). Die Popularität des Failed State Index und vergleichbarer Rankings verdeutlicht, unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Validität und des zugrunde liegenden Staatsverständnisses, zweierlei: Eine wachsende Bedeutung von fragiler Staatlichkeit als Forschungsgegenstand in der politischen Wissenschaft, sowie einen Wandel der Bedrohungswahrnehmung in den internationalen Beziehungen. Als sicherheitspolitische Herausforderung und Gefahr für das internationale Staatensystem gelten im 21. Jahrhundert selten die militärisch und wirtschaftlich mächtigen, sondern vielmehr fragile und von Zerfall bedrohte Nationalstaaten.

„In a time of terror, moreover, appreciating the nature of and responding to the dynamics of nation-state failure have become central to critical policy debates. How best to strengthen weak states and prevent state failure are among the urgent questions of the twenty-first century“ (Rotberg 2003a: 1).

Die Intensivierung der Auseinandersetzung mit fragiler Staatlichkeit in Wissenschaft, Medien und Politik lässt sich auf ein Datum zurückführen, den 11. September 2001. Auch wenn Afghanistan bei Weitem nicht der erste gescheiterte Staat im neuzeitlichen Sinne war, verdeutlichten die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in den USA insbesondere den westlichen Gesellschaften erstmals in dramatischer Weise die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Staatszerfall. Der Begriff von fragiler Staatlichkeit musste sich im Folgenden auch der Kritik aussetzen, lediglich ein Konzept zur Umsetzung und Legitimation westlicher, außenpolitischer Strategien zu sein. Die Prävention und Konsolidierung von fragiler Staatlichkeit und ihren überregionalen Konsequenzen wie Terrorismus, aber auch Drogenhandel oder Flüchtlingsbewegungen, wurde

schließlich zu einem internationalen Interesse.

„In earlier, less interconnected eras, state weakness and failure could be isolated and kept distant from the developed world. Failure once held fewer implications for the peace and security of the world, and for the regions that surround weak and failing states. Now, however, as much as their citizens suffer, the failing of states also pose enormous dangers well beyond their borders. Minimizing the possibilities of failure by strengthening the capacities of the nation-states of the developing world has thus become one of the critical all-consuming strategic and moral imperatives of our terrorized time“ (Rotberg 2004: 41f).

Die Ausweitung von Zerfallsprozessen über territoriale Staatsgrenzen hinaus, genannt ‚spill-over‘-Effekt, stellt heute eine potentielle Gefahr für die Mehrheit der Nationalstaaten der nicht-westlichen Welt dar. Im Zeitalter der Globalisierung kann Staatszerfall zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen, wie nicht nur die aktuelle Krise in Syrien und dem Irak beweist. Den Nationalstaaten des internationalen Staatensystems und ihren Regierungen kann grundsätzlich ein rationales Interesse an einer sicherheitspolitischen Stabilisierung der gesamten Region unterstellt werden. Dementsprechend prägt die Wahrnehmung eines Staates als fragil das außenpolitische Handeln der von einem ‚spill-over‘ bedrohten Staaten entscheidend mit, so auch in Süd- und Zentralasien. Die weiterhin instabile Sicherheitslage des fragilen Staates Afghanistan stellt durch die grenzüberschreitenden Konsequenzen von fragiler Staatlichkeit heute eine Gefahr für die gesamte Region dar.

Die Schlüsselrolle, welche Afghanistan unfreiwillig bei der Etablierung von fragiler Staatlichkeit als eines der zentralen Forschungsfelder in den Internationalen Beziehungen einnimmt, spielt bei seiner Auswahl als Fallbeispiel nur eine untergeordnete Rolle. Trotzdem schwingt bei der Beschäftigung mit Afghanistan eine gewisse Faszination an diesem Land, welches trotz vormoderner Lebensformen, schwacher Staatlichkeit und mangelnder wirtschaftlicher Stärke, wie außenpolitischer Macht in den vergangenen Jahrhunderten konstant im Mittelpunkt des Weltgeschehens stand, mit. Kaum ein anderer Staat mit vergleichbaren Voraussetzungen hat das Rad der neuzeitlichen Weltgeschichte (von dem „Great Game“ über die sowjetische Invasion bis 9/11) derart mitgedreht, wie Afghanistan und sich gleichzeitig der Moderne und den westlichen Lebensformen derart verweigert.

Gleichsam sprechen jedoch auch sachlichere Gründe für die Wahl Afghanistans als „target state“ dieser Forschungsarbeit. Zunächst lässt sich bei Konsultation der Literatur zur empirischen Staatszerfall-Forschung eine Dominanz von afrikanischen, meist post-kolonialen Fallbeispielen feststellen. Teilweise wird gar der Eindruck vermittelt, bei Staatszerfall handele es sich um ein afrikanisches Phänomen. Auch wenn keineswegs von einer „Forschungslücke“ die Rede sein kann, ist es der Anspruch dieser Arbeit, durch die Auswahl eines asiatischen Fallbeispiels der Unterrepräsentation ebendieser im wissenschaftlichen Diskurs entgegenzuwirken, zumal Afghanistan diversen Rankings und Bewertungen zu Folge zu den fragilsten Nationalstaaten der Welt zählt. Innerstaatlich gelingt es der Zentralregierung auch heute kaum, das staatliche Gewaltmonopol auf dem gesamten Territorium durchzusetzen. Die instabile Sicherheitslage, ausufernde Korruption und die Implementation westlicher Werte erschweren es dem „neuen“, formaldemokratischen System, in den Köpfen und Herzen der ethnisch heterogenen und traditionellen Bevölkerung Fuß zu fassen. Durch Drogenhandel, Flüchtlingsbewegungen und Terrorismus stellt ein potentieller Staatskollaps Afghanistans zudem eine Gefahr für die gesamte Region Süd- und Zentralasiens dar, deren Sicherheitsinteressen in dem öffentlichen Diskurs gegenüber denen der westlichen Länder häufig in den Hintergrund geraten. Insbesondere durch das Auslaufen des ISAF-Mandats und dem damit einhergehenden Abzug der internationalen NATO-Truppen aus Afghanistan bis Dezember 2014 hat die Situation in Afghanistan wieder an Aktualität und Relevanz gewonnen. Befürchtet wird vor allem ein erneuter Staatskollaps durch eine Militäroffensive der weiterhin gewaltbereiten Taliban. Die neue Abwesenheit von US- und NATO-Truppen wird gemeinhin als Zerreißprobe für den jungen Staat interpretiert (http://www.washingtonpost.com/world/national-security/afghanistan-gains-will-be-lost-quickly-after-drawdown-us-intelligence-estimate-warns/2013/12/28/ac609f90-6f32-11e3-aecc-85cb037b7236_story.html Stand: 04.03.2015) und wird eine steigende Verantwortung der regionalen Nationalstaaten zur Folge haben, welche keinerlei Interesse an einem erneuten Kollaps oder einem radikalislamischen Terrorregime in Kabul haben. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit besteht demnach darin, die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan durch ausgewählte Regierungen der Region zu untersuchen, sowie diese einander gegenüberzustellen.

Wie zuvor ausgeführt, sollte ein jeder dieser Staaten, insbesondere durch das Ende der ISAF-Mission und der damit einhergehenden Verunsicherung, ein rationales Interesse an der weiteren Entwicklung Afghanistans haben. Die Staaten Iran, Pakistan, Indien, China und Russland offerieren dabei eine ethnische, religiöse, kulturelle, politische und wirtschaftliche Heterogenität an (außenpolitischen) Werten, sodass ihre Wahrnehmungen unter unterschiedlichsten Einflüssen entstehen.

Im Rahmen einer Bachelor-Abschlussarbeit war es nicht möglich, die Wahrnehmungen der Regierungen abschließend und vollständig zu decodieren. Der Anspruch war allerdings, in einem festgelegten Untersuchungszeitraum für jeden Akteur ein Set an Hypothesen zu ergründen und diese anschließend miteinander zu vergleichen sowie in einem allgemeineren Rahmen zu abstrahieren. Durch eine Rückbindung an den, bzw. eine Kontrastierung mit dem westlich dominierten Forschungsstand zu fragiler Staatlichkeit wurde zudem eruiert, ob sich ein Zusammenhang zwischen der theoretischen Wissenschaft und dem außenpolitischen Handeln der untersuchten nicht-westlichen Nationalstaaten beobachten lässt.

Fragestellung und theoretischer Hintergrund

Fragile Staatlichkeit weist heute insbesondere durch die potentielle Ausweitung von Zerfallsprozessen über territoriale Grenzen hinaus auf andere Nationalstaaten eine hohe Relevanz für die Internationalen Beziehungen auf. Während sich die Vielzahl an wissenschaftlichen Beiträgen zu dem Diskurs „Fragile Staatlichkeit“ hauptsächlich auf die Ursachen und Faktoren, die Konsolidierung im Rahmen von State-Building Ansätzen oder die Prävention von Zerfall, also zusammengefasst auf die Prozesse innerhalb eines fragilen Staates sowie die Möglichkeiten westlicher Intervention konzentriert, soll diese Arbeit die relevanten Wahrnehmungen äußerer, von einem ‚spill-over‘ bedrohter nationalstaatlicher Akteure berücksichtigen und so einen alternativen Blickwinkel auf fragile Staatlichkeit

eröffnen. Wie Lambach feststellt, wurde die Perspektive des globalen „Südens“ auf das Thema fragile Staatlichkeit bislang kaum berücksichtigt (vgl. Lambach 2010: 128). Die Intention dieser Arbeit ist dabei einerseits, einen Vergleich der Wahrnehmungen verschiedener nationalstaatlicher Regierungen auf dasselbe Phänomen (die fragile Staatlichkeit Afghanistans) herzustellen. Besonders interessant war hierbei, inwieweit die unter diversen Einflüssen entstehenden Wahrnehmungen ein homogenes oder heterogenes Set an Ergebnissen hervorbringen. Dies beinhaltete zudem die Berücksichtigung der Interessen und Strategien der untersuchten Regierungen gegenüber Afghanistan. Andererseits sollte eine Rückbindung an den westlich dominierten Forschungsstand erfolgen und dabei der Fokus auf die Bedeutung, welche die wissenschaftlichen Theorien und Kritiken zu fragiler Staatlichkeit für die Wahrnehmungen der Regierungen spielen, gelegt werden.

Das Forschungsinteresse führt daher zu folgender Forschungsfrage:

„Wie gestalten sich die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan durch ausgewählte Regierungen?“

Die in der Fragestellung verwendeten Begriffe sind für die anstehende sozialwissenschaftliche Forschung erklärungsbedürftig und sollen im Folgenden in ihrer Bedeutung erläutert werden.

Da der in der Forschungsfrage behandelte Begriff der „Wahrnehmung“ Ausdruck der dieser Arbeit zugrunde liegenden Sozialtheorie ist, lässt sich der theoretische Hintergrund der Forschung anhand von diesem Begriff an dieser Stelle herleiten.

„The news media routinely inform us about foreign countries testing new ballistic missiles, developing new air defense systems, renovating their submarine fleets, or, more recently, developing biological weapons. Is this good or bad news? The answer to this question depends, of course, on the perceived quality of the relation between our own country and the foreign country in question“ (Castano et al 2003: 449)

Das Zitat verbildlicht, sicherlich etwas simplifiziert, die Grundannahme, dass Wahrnehmung einen Einfluss auf das soziale Handeln und Verhalten von Individuen und Kollektiven hat. Dies gilt jedoch nicht nur für die internationalen

Beziehungen, sondern lässt sich bis auf die soziale Interaktion in Alltagssituationen herunterbrechen.

Als Wahrnehmung wird ein sozialer Prozess der subjektiven Aufnahme, Organisation und Verarbeitung von Informationen und Reizen aus der Außenwelt bezeichnet. Im Rahmen des Wahrnehmungsprozesses weist der Mensch Gegenständen und Ereignissen eine Bedeutung zu (vgl. Myers 2007: 214f.). Wahrnehmung ist demzufolge keine einfache Abbildung objektiver Wirklichkeit, sondern ein konstruktiver Prozess, bei dem Menschen äußeren Reizen durch ihr Vorwissen einen Sinn geben (vgl. Fischer, Wiswede 2009: 191f). Der Begriff und die Beschäftigung damit beruhen also auf der Prämisse, dass nicht eine objektiv gültige Wirklichkeit existiert, sondern dass jedes Individuum seine eigene Wirklichkeit subjektiv konstruiert. „Die Wahrnehmung vermittelt keine objektive Wirklichkeit, sondern eine subjektive Welt; wir nehmen das wahr, was unseren Bedürfnissen, Erfahrungen, Erwartungen entspricht und nicht die objektiv gegebenen Reize“ (Michel, Novak 2001: 417). Wahrnehmung ist also immer selektiv. Beginnend bei der Auswahl von Informationen über deren Verarbeitung bis zu dem daraus resultierenden Verhalten existiert eine „Spannung zwischen der realen Welt und der „Welt in unseren Köpfen““ (Niedhart 2000: 141).

Menschliches Handeln, ob der Einkauf im Supermarkt, das Verfassen einer Forschungsarbeit oder das Treffen von politischen Entscheidungen, ist immer von den subjektiven Perzeptionen des Individuums beeinflusst. „Das „umweltverarbeitende menschliche Subjekt“ [...] bildet „von außen kommende Reize“ oder Informationen nicht „passiv-rezeptiv“ ab, sondern verbindet sie „aktiv-konstruktiv mit vorhandenen kognitiven Strukturen““ (Niedhart 2000: 144). Zu diesen kognitiven Strukturen, also den sozial verankerten Filtern, welche die Wahrnehmung mitkonstruieren, zählen Kultur, individuelle Erfahrungen, Interessen, Werte und Normen, Gefühle oder Sprache. Diese Einflussfaktoren erzeugen häufig Schemata (Stereotypen bzw. Skripte), an denen sich soziales Handeln orientiert und welche dem Individuum gleichsam Handlungssicherheit bieten (vgl. Köhler, Kopp 2006: 344f). Wahrnehmung setzt sich also aus Sinnesempfindungen einerseits und sozialen kognitiven Strukturen andererseits zusammen (vgl. Michel, Novak 2001: 417). Grob zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass eine Interdependenz zwischen Wahrnehmungsprozessen und (politischen) Entscheidungen besteht.

Diese Basis sozialer Interaktion lässt sich auch auf die „Bühne“ der internationalen Beziehungen übertragen:

„Politisches Handeln hängt unauflöslich damit zusammen, wie alles, was die Perzeption von der Realität konditioniert – also z.B. das kollektive Gedächtnis, selbst gemachte Erfahrungen, Stereotypen, Wertorientierungen, soziale Milieus, Herrschaftsstrukturen, Kosten-Nutzen-Analysen, situative Besonderheiten wie Stress in einer Konflikteskalation –, die Verarbeitung von eingehenden Informationen steuert oder auch Informationsmangel ausgleicht“ (Niedhart 2000: 154).

Nun wird im Rahmen dieser Forschungsarbeit die Wahrnehmung von nationalstaatlichen Regierungen untersucht. Dies wirft zuerst die Frage auf, wie Wahrnehmung von Kollektiven überhaupt möglich ist, schließlich besteht eine Regierung aus einer Gruppe von Individuen mit heterogenen Perzeptionen von Wirklichkeit, auch wenn sie ähnliche Wertevorstellungen, eine gemeinsame Historie und Kultur aufweisen mögen. Was verbirgt sich also hinter den Perzeptionen eines Kollektivs?

Die Fremdwahrnehmung von Nationalstaaten als kohärente soziale Einheit, also deren Entitativität, ist in den internationalen Beziehungen stärker ausgeprägt als in anderen politischen Bereichen (vgl. Castano et al 2003: 450). Sowohl die Selbst- als auch die Fremdwahrnehmung von Nationalstaaten ist im internationalen System eine kollektive Wahrnehmung. Schon alltagssprachliche Formulierungen zeugen von der Perzeption, dass erneute Waffentests „Nordkoreas“ von „Japan“ und „Südkorea“ (und nicht von der Privatperson, welche das Amt des Regierungssprechers ausübt) verurteilt werden. In der Außenpolitik gestalten sich die Wahrnehmungen einer kleinen Elite um ein Vielfaches einflussreicher, als die Wahrnehmungen der breiten Masse der Bevölkerung. Die Interdependenzen in Demokratien mildern subjektive Wahrnehmungsprozesse jedoch etwas ab, sodass die Entscheidungen hier mehr als in alternativen Regierungsformen auf Grundlage abgestimmter interner Prozesse basieren. Nichtsdestotrotz konstituiert sich die Perzeption eines Nationalstaates durch seine „decision-making actors“, also seine Regierungsvertreter. Auch diese Entscheidungsträger, in den internationalen Beziehungen zumeist Staatspräsident, Regierungschef oder Außenminister, handeln auf Grundlage der beschriebenen Prämissen sozialer Interaktion. Ihre

Konstruktion von der Wirklichkeit internationaler Politik „basiert auf den Beobachtungen eines kognitiven Wahrnehmungsapparats“ (Weller 2000: 173).

„At the next level of approximation we must recognize that the people whose decisions determine the policies and actions of nations do not respond to the „objective“ facts of the situation, whatever that may mean, but to their „image“ of the situation. It is what we think the world is like, not what it is really like, that determines our behavior“ (Boulding 1959: 120).

Eine erklärende Unterscheidung stellt diejenige in Amtsinhaber und Privatpersonen dar. Für die sozialwissenschaftliche Forschung sind die privaten, individuellen Wahrnehmungen der „decision-making actors“ insofern irrelevant, als dass diese in aller Regel nicht nach außen kommuniziert werden. Eine kollektive Wahrnehmung lässt sich also nur deshalb unterstellen, da die kommunizierten Wahrnehmungen von Entscheidungsträgern im Rahmen eines offiziellen Amtes und damit einhergehend repräsentativ für das Kollektiv Regierung getätigt werden. Diesen kommunizierten Wahrnehmungen mögen interne Aushandlungsprozesse vorausgegangen sein, während derer die individuellen Akteure (und ihre heterogenen, privaten Wahrnehmungen) um die Deutung eines Sachverhaltes gestritten haben. Die an die Öffentlichkeit kommunizierten Wahrnehmungen eines Außenministers müssen demzufolge nicht mit seinen privaten Wahrnehmungen übereinstimmen. Da aber „decision-making actors“ ihre Wahrnehmungen stellvertretend für und als offizielle Vertreter des Kollektives „Regierung“ kommunizieren, lässt sich der Wahrnehmungsbegriff auch auf die kollektive Ebene übertragen. Dies bedeutet zudem, dass die Rekonstruktion von Wahrnehmungen im Rahmen dieser Arbeit zwangsläufig auf die kommunizierten Wahrnehmungen der Akteure beschränkt ist und mit dem Terminus „Wahrnehmung“ immer die kommunizierte Wahrnehmung gemeint ist.

Insbesondere für die Fragestellung dieser Arbeit ist es daher spannend, sich mit den Wahrnehmungen der Akteure zu beschäftigen, da die Perspektive fünf verschiedener Akteure auf einen Forschungsgegenstand untersucht wird. Etwaige Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Interpretation dieses Forschungsgegenstandes lassen sich auf die subjektiven Wahrnehmungen der Akteure zurückführen. Dabei soll jedoch nicht ausschließlich deskriptiv gearbeitet

werden. Vielmehr lassen sich durch die Rekonstruktion der Wahrnehmungen idealerweise Rückschlüsse auf die Motive und Strategien der Regierungen in Bezug auf Afghanistan ziehen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass ein Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung und dem politischen Handeln von Regierungen besteht. Wahrnehmungsfiler konstruieren also die Realität der Regierenden und lassen Handlungsspielräume entstehen, welche zu den finalen außenpolitischen Strategien von Regierungen führen. Die Subjektivität von Wahrnehmungen führt demzufolge dazu, dass aus dem potentiell unbegrenzten Set an Handlungsoptionen bestimmte Handlungen wahrscheinlicher werden.

Im Folgenden sollen nun die beiden Begriffe „fragile Staatlichkeit“ und „regionale Regierungen“ und ihre Verwendung in der Fragestellung begründet werden.

Die Forschung zu fragiler Staatlichkeit zeichnet sich durch einen Reichtum an Vokabeln zur Umschreibung von Phänomenen aus, welche zumeist ein kontroverses Potential besitzen und sowohl in ihrer analytischen Konsistenz, als auch aus moralescher Perspektive kritisiert werden. Der Begriff „fragile Staatlichkeit“ hat sich in den letzten Jahren in dem internationalen Diskurs dabei aus mehreren Gründen durchgesetzt, die Lambach und Bethke prägnant zusammenfassen:

„Der Fragilitätsbegriff bot gegenüber den Alternativen gleich mehrere Vorteile. Erstens ist damit eindeutig ein *Zustand* beschrieben, während beim zuvor dominanten Begriff des Staatszerfalls immer der Gedanke an einen *Prozess* der Verschlechterung mitschwang. Zweitens ist „Fragilität“ politisch unverfänglicher als Bezeichnungen wie „Schwäche“, „Versagen“ oder „Kollaps“, die alle das Defizitäre an der Staatlichkeit stärker betonen; gleichzeitig kann man aus dem neutral klingenden Begriff der Fragilität weniger leicht eine Schuldzuweisung herauslesen, wer denn für diesen Zustand verantwortlich zu machen ist“ (Lambach, Bethke 2012: 6).

Während hier eine semantische Begründung für die Verwendung des Begriffes geliefert wurde, wird sich der Forschungsstand ausführlicher inhaltlich mit fragiler Staatlichkeit auseinandersetzen und sowohl Theorien zu fragiler Staatlichkeit, als auch die Kritik daran berücksichtigen.

Schließlich wurden im Rahmen dieser Arbeit die Wahrnehmungen fünf regionaler Regierungen untersucht: Iran, Pakistan, Indien, China und Russland. Einen vereinenden Faktor zur Auswahl der genannten Nationalstaaten stellt die

geographische Nähe zu Afghanistan dar. Die weitere Entwicklung von Staatlichkeit in Afghanistan berührt daher die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen aller fünf Regierungen. Des Weiteren werden voraussichtlich diese Staaten durch das Ende der ISAF-Mission mehr Verantwortung in der Region übernehmen und sich in der Stabilisierung Afghanistans stärker als bisher engagieren.

Letztlich war eine Beschränkung auf fünf Regierungen aufgrund der nur dreimonatigen Bearbeitungszeit alternativlos. Aus geographischem Blickwinkel naheliegende Alternativen wie die zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan oder Kirgistan wurden mangels zeitlicher Ressourcen dem aufgrund der ehemaligen sowjetischen Intervention, der Opposition zu den in Afghanistan gescheiterten USA und dem politischen Einfluss subjektiv interessanter erscheinenden Russland „geopfert“. Gleichermaßen blieben in Afghanistan einflussreiche, den „Wertekanon“ erweiternde und an ISAF teilnehmende Staaten wie die USA oder Deutschland unberücksichtigt, da sie anders als die ausgewählten Akteure von den direkten Folgen eines ‚spill-over‘ (regionale Destabilisierung, Flüchtlingsströme, Drogenschmuggel, etc...) aufgrund ihrer geographischen Lage nicht direkt betroffen wären.

Sicherlich ist die Auswahl hochgradig subjektiv und lässt die interessanten Wahrnehmungen zahlreicher staatlicher (und auch nicht-staatlicher) Akteure unberücksichtigt. Insgesamt erscheint die notwendige Begrenzung aus den genannten Gründen jedoch in der gewählten Konstellation am schlüssigsten und konsistentesten.

Forschungsstand

a. Fragile Staatlichkeit – Theoretisches Konzept

„The events of September 11, 2001, taught us that weak states, like Afghanistan, can pose as great a danger to our national interests as strong states. Poverty does not make poor people into terrorists and murderers. Yet poverty, weak institutions, and corruption can make weak

states vulnerable to terrorist networks and drug cartels within their borders“ (The National Security Strategy of the United States of America 2002: 4).

„Das Scheitern eines Staates kann auf offensichtliche Bedrohungen, wie organisierte Kriminalität oder Terrorismus, zurückzuführen sein und ist ein alarmierendes Phänomen, das die globale Politikgestaltung untergräbt und die regionale Instabilität vergrößert“ (Europäische Sicherheitsstrategie 2003: 4).

Wie diese beiden Zitate (aus der US-amerikanischen und europäischen Sicherheitsstrategie) belegen, gelten schwache und scheiternde Staaten im 21. Jahrhundert als fundamentale Bedrohung der internationalen Sicherheit. Fragile Staatlichkeit hat auch als Forschungsgegenstand innerhalb der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen durch die Terroranschläge des 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon schlagartig an Relevanz gewonnen. Die Anschläge wurden aus Afghanistan organisiert und koordiniert, einem Staat, der in den 1990er Jahren scheiterte und anschließend, begünstigt durch mangelnde staatliche Kontrolle bzw. bewusste Passivität der Taliban-Regierung und radikale Islamisierung zu einem Hort des internationalen Terrorismus wurde (Schetter 2007b: 80f). Es wurde deutlich, dass sich mit dem Ende der bipolaren und dem Entstehen einer vielfach komplexeren multipolaren Weltordnung erstmals in der Geschichte des Nationalstaates die Bedrohungswahrnehmung von starken auf schwache Staaten verlagert hatte (vgl. Troy 2007: 20). Straßner und Klein bezeichnen staatliche Zerfallsprozesse gar als „Kennzeichen der neuen Ära nach dem Kalten Krieg“ (Straßner, Klein 2007: 7). Dieses einschneidende Ereignis bewies zudem, dass das Ignorieren von Krisenländern in der Dritten Welt, ein „Disengagement“, auch für westliche Industrienationen keine Option darstellen kann. Vielmehr kristallisierte sich durch 9/11 in aller Deutlichkeit heraus, dass Staatszerfall eine der dringlichsten humanitär- und sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhundert darstellt, wie auch Hein erkennt: „Wenn Staatszerfall in diesem Sinne als eine Bedrohung zentraler Bereiche des globalen Systems anzusehen ist, dann müsste eine Strategie seiner Überwindung auch ein zentrales Element von Weltordnungspolitik bilden“ (Hein 2005: 11).

Fälle des Staatszerfall sind zwar bereits vor 2001 zahlreich dokumentiert (im heute verstandenen Sinne erstmals 1961 in der Republik Kongo) (vgl. Troy 2007:

12), ebenso wie wissenschaftliche Texte zu besagter Thematik, jedoch ist es aufgrund der gestiegenen öffentlichen Wahrnehmung durch die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Staatszerfall nicht verwunderlich, dass die Zahl der Publikationen zu fragiler Staatlichkeit nach den Terroranschlägen rasant anstieg. Ihre Wurzeln hat die Forschung in einem Artikel von Helman und Ratner aus dem Jahre 1992, in welchem erstmals ein failed state als „utterly incapable of sustaining itself as a member of the international community“ (Helman, Ratner 1992: 3) definiert wurde. Auch die von dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore ab 1994 in Auftrag gegebene Studie der „State Failure Task Force“ lieferte schon in den 1990er Jahren Beiträge zu einem Diskurs, der es jedoch erst im 21. Jahrhundert aus genannten Gründen in die öffentliche Wahrnehmung schaffte. Der Diskurs weist daher heute einen breiten Fundus an Theorien, Kritiken und Fallbeispielen auf. Für die individuelle Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand im Rahmen dieser Arbeit bedeutet dies allerdings, dass aufgrund mangelnder zeitlicher Ressourcen lediglich eine selektive Auswahl an Texten berücksichtigt werden konnte. Es wird demzufolge kein Anspruch auf Vollständigkeit der folgenden Darstellung des Diskurses zu fragiler Staatlichkeit erhoben. Insbesondere die zahlreichen politikberatenden Publikationen zur Legitimation von externen Interventionen in fragilen Staaten (Nation- und State-Building Forschung) finden aufgrund mangelnder Relevanz für die Forschungsfrage in diesem Forschungsstand ebenso keine Berücksichtigung wie Fallbeispiele. Ziel dieses Kapitels ist vielmehr eine theoretische Konzeptualisierung von fragiler Staatlichkeit.

Bevor jedoch Staatlichkeit als fragil bewertet werden kann, bedarf es einer Definition sowie eines Idealtypus als Maßstab von Staatlichkeit. Schließlich entscheidet erst das verwendete Staatsverständnis darüber, anhand welcher Kriterien die Kategorisierung stattfinden sollte.

Der Staat ist ein Lösungsmodell für die Problematik menschlichen Zusammenlebens und politischer Organisation, welcher sich im europäischen Spätmittelalter mit dem Westfälischen Frieden von 1648 als Ordnungssystem durchgesetzt hat. Auch klassische „Nicht-Staaten“ wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen blieben jedoch noch bis in das 19. Jahrhundert hinein existent (vgl. Milliken, Krause 2002: 755). Im Gegensatz zu alternativen politischen Gemeinwesen zeichnet sich der Staat im Sinne der Drei-Elemente-Lehre von Georg

Jellinek durch ein einheitliches Staatsgebiet, ein einheitliches Staatsvolk und eine einheitliche Staatsgewalt aus (vgl. Jellinek 1966: 394-434). Der moderne, neuzeitliche Staat als Untersuchungsgegenstand für Staatszerfall konstituiert sich demzufolge durch „den Anspruch einer Zentralgewalt und ihres Apparats auf politisch-institutionelle Kontrolle über ein spezifisches, abgrenzbares Territorium und die dort lebende Bevölkerung“ (Schneckener 2007: 102).

Abgesehen von diesen Minimalkriterien hat sich der Staat in den fünf Jahrhunderten seiner Existenz in Europa stetig weiterentwickelt und an die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen angepasst. Gleichzeitig ist das Modell des Nationalstaates insbesondere im 20. Jahrhundert nahezu weltweit exportiert und in viele Fällen (in Nordamerika, Süd- und Osteuropa, Teilen Lateinamerikas sowie Ostasiens) erfolgreich implementiert worden (vgl. Schneckener 2004a: 512). Nicht unproblematisch ist dabei jedoch „the dogmatic assumption that all states will in the long run converge to a Western model of the state, which is considered to be ‘accomplished’ as opposed to the ‘undeveloped’ state in the global South“ (van Overbeek et al. 2009: 19), welche kritische WissenschaftlerInnen dem „Mainstream“ des Diskurses zu fragiler Staatlichkeit vorwerfen. Mit der Anzahl der existierenden Nationalstaaten im internationalen System, von 55 im Jahre 1914 zu über 190 im Jahre 2015, ist auch die Anzahl fragiler Staaten gestiegen (vgl. Rotberg 2003a: 2). Insbesondere die im Zuge der Dekolonialisierungswelle der 1960er Jahre entstandenen „Quasi-Staaten“ (Spanger 2002: 12) sind nicht selten an diesem Modell gescheitert. Denn zweifellos „wirft die Adaptation des in Jahrhunderten europäischer Geschichte gewachsenen wie erkämpften Staatsmodells in der Dritten Welt und zumal in Afrika mit seiner nur rudimentären Tradition indigener Staatsbildung Probleme auf.“ (Spanger 2002: I). In Folge von Grenzziehungen der Kolonialmächte durch ethnische, religiöse und kulturelle Milieus hindurch sind Konfliktlinien und „cleavages“ entstanden, welche die Entstehung einer nationalen Identität in einigen Fällen bis heute blockieren (vgl. Seidl 2007: 38). Fehlende nationalstaatliche Traditionen und Voraussetzungen lassen auch laut Milliken und Krause vor Ort höchstens eine „Pseudo-Staatlichkeit“ entstehen.

In retrospect, the vision that new states were to build legitimate nations, provide wealth, and guarantee security within the span of a few decades of achieving formal independence

was, to be kind, somewhat naive. One can only expect such success if the idea of the state is taken completely out of its historical context, and regarded as an institutional form that owes little or nothing to the historical forces that created it (Milliken, Krause 2002: 762).

Um das Modell des Nationalstaates an sich in eben diesen Staaten zu verteidigen, legitimiert die „Verantwortungslosigkeit“ fragiler Nationalstaaten für Andersen einen internationalen Interventionismus durch scheinbar verantwortungsvollere, westliche Nationalstaaten unter dem Deckmantel internationaler Sicherheit und humanitärem Engagement (vgl. Andersen 2008: 7). Hier besteht die Gefahr eines „neuen Imperialismus“ oder „modernen Kolonialismus“, also einer weiteren Phase politischer Domestizierung des Südens durch den Norden (vgl. Spanger 2002: 23). Dies führt zu einer häufig kritisierten und ernstzunehmenden Schwierigkeit von fragiler Staatlichkeit als wissenschaftlichem und politischem Konstrukt: Die Normativität des zu Grunde liegenden Nationalstaatsverständnisses. Ohne den kulturellen, politischen oder historischen Kontext des betroffenen Staates zu berücksichtigen, werden Mängel, bzw. Abweichungen von westlichen Vorbildern als Fragilität verstanden (vgl. Andersen 2008:12).

Einen Konsens über eine Definition von Staatlichkeit zu finden, welche von der eurozentrischen Perspektive auf Staatlichkeit im Sinne der liberalen Demokratien westlicher Prägung ausreichend abstrahiert und vielmehr die weltweit heterogenen Voraussetzungen für Staatlichkeit anerkennt sowie gleichermaßen die Mindestkriterien eines Staates berücksichtigt, ist dementsprechend kompliziert. Der Staats-Definition von Max Weber kommt innerhalb des Diskurses eine Deutungshoheit zu:

„Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt“ (Weber 1980: 29).

Sicherlich ist auch hier ein europäischer Einfluss nicht zu leugnen, der „verschlankte“ Staatsbegriff von Weber ist jedoch weniger weit von der globalen Realität von Staatlichkeit entfernt als alternative Konzepte (vgl. Lambach, Bethke 2012: 8ff.).

Kritisch zu hinterfragen ist nicht zuletzt die Sinnhaftigkeit eines universellen Modelles als Maßstab für Staatlichkeit (vgl. Overbeek et al. 2009: 18) mit Blick auf

die weltweite Heterogenität an kulturellen Traditionen und politischen Ordnungssystemen auch unterhalb der zentralstaatlichen Ebene. Die Bindung an einen westfälischen Idealtyp von Staatlichkeit, der die Realität vieler nicht-westlicher Gesellschaften möglicherweise verkennt, ist jedoch bei der Entwicklung einer Theorie zu fragiler Staatlichkeit allgegenwärtige Praxis.

Aufbauend auf dem Weberschen Staatsbegriff lassen sich so zentrale Aufgaben eines modernen Nationalstaates entwickeln. Als Basis jeglicher Staatlichkeit gilt dabei Sicherheit, ohne diese die Gewährleistung weiterer Staatsfunktionen unrealisierbar ist. Durch die Sicherheitsfunktion werden ein zentrales Gewaltmonopol und der Schutz der BürgerInnen vor Gefahren von innen und außen garantiert. Die Sicherheitsfunktion bildet daher auch die Grundlage sämtlicher Modelle von Staatlichkeit und ihren Dimensionen im Diskurs. Weitere Staatsfunktionen sind bei Troy capacity (staatliche Dienst- und Transferleistungen und Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen) und legitimacy (Gewährleistung der rule of law und politische Partizipation) (vgl. Troy 2007: 31-35). Seidl arbeitet die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen (erfolgreiches Steuer- und Abgabesystem und funktionierende Verwaltung), nationale Identität (integrative Wirkung des Systems) und Infrastruktur (Versorgung der BürgerInnen mit öffentlichen Gütern) als Staatsaufgaben heraus (vgl. Seidl 2007: 35-39), während Rotberg den Begriff „political goods“ einführt, welcher die Funktionen eines Staates umschreibt:

„Nation-states exist to deliver political goods—security, education, health services, economic opportunity, environmental surveillance, a legal framework of order and a judicial system to administer it, and fundamental infrastructural requirements such as roads and communications facilities— to their citizens“ (vgl. Rotberg 2002: 87).

Ausführlicher sollen die Dimensionen von Staatlichkeit anhand der Konzeption von Ulrich Schneckener veranschaulicht werden. Schneckener unterscheidet drei Kernfunktionen von Staatlichkeit: Sicherheitsfunktion, Wohlfahrtsfunktion und Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion.

Die Grundlage von Staatlichkeit bildet auch in seiner Konzeption die Sicherheitsfunktion. Sie beinhaltet die Aufrechterhaltung eines zentralen Gewaltmonopols über das gesamte Staatsterritorium zum Schutze der BürgerInnen vor Bedrohungen von innen und außen und eine staatliche

Verwaltung mit Armee und Polizei zur Entwaffnung privater Gewaltakteure und Eindämmung von Kriminalität. Gleichzeitig darf das Gewaltmonopol jedoch nicht zur Bedrohung der physischen Sicherheit der BürgerInnen werden (over-extended state). Die Gewährleistung der Sicherheitsfunktion alleine macht jedoch noch keinen konsolidierten Nationalstaat aus. Autoritäre Regime wie in Nordkorea erreichen ihre Stabilität unter Anwendung drakonischer Maßnahmen. Da sie jedoch beträchtliche Mängel in anderen Dimensionen aufweisen, sind sie ständig von einem schleichenden oder abrupten Zerfall bedroht. Regimestabilität ist demzufolge nicht mit Staatsstabilität gleichzusetzen (vgl. Schneckener 2004b: 12). Eine dieser weiteren Dimensionen, anhand derer Schneckener Staatlichkeit bewertet, ist die Wohlfahrtsfunktion des Staates. Voraussetzung eines Wohlfahrtsstaates sind Staatseinnahmen wie Steuern, Abgaben, Zölle oder Gebühren. Diese werden durch ein funktionierendes und korruptionsfreies Steuer- und Abgabesystem gesichert. Im Rahmen staatlicher Dienst- und Transferleistungen werden die finanziellen Ressourcen in den Bereichen Sozial- und Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt-, Bildungs- Gesundheits- und Umweltpolitik verteilt und für den Erhalt öffentlicher Infrastruktur verwendet.

Als dritte Kernfunktion bezeichnet Schneckener die Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion. Diese Dimension konzentriert sich insbesondere auf das Verhältnis der BürgerInnen gegenüber dem Staat und die Möglichkeiten zur Opposition, welche eine politische Ordnung der Gesellschaft gewährt. So umfasst sie die Formen politischer Partizipation sowie die Qualität und Unabhängigkeit von Rechtsstaat und Justizwesen und ermöglicht eine Unterscheidung autoritärer, semi-autoritärer und demokratischer Regime (vgl. Schneckener 2004b: 13f). Ein Nationalstaat legitimiert sich nicht ausschließlich von innen durch politische Partizipationsrechte der Gesellschaft (Input-Legitimation). Über die Legitimation eines Staates als Völkerrechtssubjekt entscheidet vielmehr die Anerkennung von außen durch andere Nationalstaaten im internationalen System. Tatsächlich finden sich staatsähnliche Gebilde oder de-facto-Staaten wie Somaliland oder Palästina, denen aus politischen Gründen eine Anerkennung versagt bleibt, während andere, zumeist postkoloniale Staaten, lediglich de-jure-Konstrukte bleiben, ohne die Kernfunktionen von Staatlichkeit ansatzweise zu erfüllen (Schneckener 2004b: 9f).

Der neuzeitliche Nationalstaat und seine Aufgaben lassen sich mit einem weiteren

Zitat von Rotberg schlüssig zusammenfassen:

Nation-states exist to provide a decentralized method of delivering political (public) goods to persons living within designated parameters (borders). Having replaced the monarchs of old, modern states focus and answer the concerns and demands of citizenries. They organize and channel the interests of their people, often but not exclusively in furtherance of national goals and values. They buffer or manipulate external forces and influences, champion the local or particular concerns of their adherents, and mediate between the constraints and challenges of the international arena and the dynamism of their own internal economic, political, and social realities (Rotberg 2003a: 2).

Die Gültigkeit von Nationalstaaten steht und fällt dabei mit der Fähigkeit, die zentralen Dimensionen von Staatlichkeit durchzusetzen (vgl. Lambach 2008: 20). Von Staatszerfall bedrohte Länder „weisen erhebliche Leistungsdefizite in zentralen staatlichen Funktionsbereichen auf“ (Debiel 2005: 12), während stabile Staaten die Kernfunktionen eines neuzeitlichen Nationalstaates erfüllen. Eine Ursache schlechthin für Staatszerfall existiert jedoch nicht. Häufig zitierte „Ursachen“ wie ethnische Heterogenität oder koloniale Vergangenheit bleiben lediglich Indikatoren, die einen Staatszerfallsprozess in Einzelfällen begünstigen können. Eine empirische Bewertung von Staatlichkeit kann daher ausschließlich anhand der Untersuchung aller Besonderheiten des Fallbeispiels erfolgen, was eine allgemeine, analytisch kohärente Definition von Fragilität zusätzlich erschwert.

Theoretisch lässt sich anhand dieser Dimensionen jedoch ein Kontinuum von Staatlichkeit entwerfen, welches den Prozess eines Staatszerfalls darzustellen versucht. Hier existieren in der Literatur diverse, meist drei- oder vierstufige Modelle, welche die Entwicklung von einem stabilen zu einem kollabierten Staat nachvollziehen. Die nachfolgende Darstellung orientiert sich dabei an dem „Kontinuum von Staatlichkeit“ von Daniel Lambach. Das Modell unterscheidet vier Kategorien: den konsolidierten bzw. starken Staat, den schwachen Staat, den zerfallenden Staat und den zerfallenen bzw. kollabierten Staat. Die drei Kategorien ausgenommen dem starken Staat fasst Lambach unter dem Begriff „fragile Staatlichkeit“ zusammen (vgl. Lambach 2013: 35 Abb. 1). Andere Typologien bestehen beispielsweise aus weak states, failing states und failed states (vgl. Troy 2007: 35-43), schwachen Staaten, verfallenden bzw. versagenden Staaten und

gescheiterten Staaten bzw. Staatskollaps (vgl. Schneckener 2003: 13f.), schwachen Staaten, zerfallenden Staaten und fragmentiert unkonventionell regierten Gebieten (vgl. Büttner 2004: 4ff.) oder strong states, weak states, failing states, failed states und collapsed states (vgl. Rotberg 2002: 4-10). Die Annahme, dass sich alle Staaten in ein „Kontinuum der Stärke“, basierend auf der Erfüllung grundlegender Staatsfunktionen, einordnen lassen, ist dabei durchaus konfliktbehaftet (vgl. Andersen 2008: 8). Kritisiert werden an solchen und ähnlichen Konzeptionen zudem die Beliebigkeit und Inkonsistenz der Indikatoren zur Definierung von fragiler Staatlichkeit, welche den Begriff zu einer „catch-all phrase“ für sämtliche armen oder konfliktgeplagten Nationalstaaten verwässern (vgl. Nay 2013: 331f.). Die Verbreitung der genannten Begrifflichkeiten geht weit über den wissenschaftlichen Kosmos hinaus. Auffällig ist insbesondere die Adaption des Labels „fragiler Staatlichkeit“ und verwandter Begriffe durch politische Akteure westlicher Nationalstaaten. Hinter der Nutzung vermuten Kritiker die Intention der Durchsetzung eigener politischer Strategien und Ziele im Rahmen von Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie internationaler Kooperation. Als Beispiel wird hier unter anderem der von den USA initiierte „war on terror“ genannt. So legitimiere der wissenschaftliche Diskurs zu fragiler Staatlichkeit interessengeleitete externe Interventionen westlicher Industriestaaten in Entwicklungsländern und spendenbasierte Strategien multilateraler, westlicher Entwicklungshilfe-Organisationen (vgl. Nay 2013: 329f.).

„As critical scholars suggest, the emergence of the discourse on fragile and failed states has not primarily served to meet the needs of populations suffering from war situations and bad governance. It mainly reflects strategic and financial concerns shared by a limited number of Western governments“ (Nay 2013: 330).

Ein Plädoyer, weshalb der Begriff von fragiler Staatlichkeit, trotz berechtigter Kritik, nicht aufgegeben werden sollte, folgt am Ende dieses Forschungsstandes. Im Folgenden sollen zunächst die Phasen eines Staatszerfall-Prozesses beispielhaft vorgestellt werden. Dieselbe Kategorisierung wie Lambach wählt dabei auch Seidl, der die Charakteristika der jeweiligen Formen von (fragiler) Staatlichkeit näher erläutert. Der Prozess von einem konsolidierten zu einem gescheiterten Staat verläuft in der Empirie dabei flüssig und nicht stufenförmig, auch die Idealtypen stellen lediglich Orientierungspunkte dar. Eine allgemeingültige „einheitlich-

standardisierte Charakterisierung derartiger Staaten“ (Troy 2007: 31) existiert demnach nicht. Die vier nachfolgenden Idealtypen bieten jedoch eine Simplifizierung der komplexen Realität und somit den Vorteil einer Vergleichbarkeit von Staatlichkeit anhand bestimmter Indikatoren und Kriterien. Dabei lässt sich empirisch nicht jeder Nationalstaat prägnant einer Kategorie zuordnen.

Der konsolidierte bzw. starke Staat erfüllt alle Kernfunktionen von Staatlichkeit in vollständigem Maße und über einen längeren Zeitraum. Er ist in der Lage, ein zentrales Gewaltmonopol über ein begrenztes Territorium aufrecht zu erhalten und dadurch seine BürgerInnen effektiv vor Bedrohungen wie organisierter Kriminalität oder Terrorismus zu schützen. Übergeordnet von lokalen, religiösen oder ethnischen Loyalitäten fühlen sich die BürgerInnen dem Nationalstaat zugehörig. Das Steuer- und Abgabesystem wird nicht von privaten Akteuren unterminiert, sodass der Staat durch finanzielle Ressourcen einen hohen Standard in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur herzustellen vermag. Grundsätzlich spielt die Regierungsform bei einem konsolidierten Staat eine untergeordnete Rolle, allerdings sind Demokratien weniger als Auto- oder Theokratien von Strukturproblemen zwischen Staat und Gesellschaft und somit auch seltener von Fragilität betroffen (vgl. Seidl 2007: 40). Als Fallbeispiele für einen starken Staat sind insbesondere die skandinavischen Nationalstaaten anzusehen.

Deutlich wird an dieser Darstellung die, aus kritischer Perspektive, Fehlannahme, lediglich die Adaption institutioneller Muster des Weberschen Modells von Staatlichkeit Sorge für Frieden und Wohlstand in Entwicklungsländern und die Zuschreibung der Eigenschaften stark und erfolgreich erfolge durch das Erreichen westlicher Standards. So müssen sich Theorien fragiler Staatlichkeit dem Vorwurf aussetzen, ein Bild zu konstruieren, indem das westliche Staatenmodell einen „Endpunkt“ in der Evolution eines Staates darstellt, dem jede Gesellschaft entgegenzustreben habe (vgl. Nay 2013: 332f.). Gleichermäßen ignoriert dieser Diskurs weitgehend die diskutable Rolle westlicher Kolonialmächte, internationaler Wirtschaftsinteressen und Entwicklungshilfe-Organisationen bei der Bewertung von fragiler Staatlichkeit (vgl. Nay 2013: 336).

Die Existenz des staatlichen Gewaltmonopols verleiht auch schwachen Staaten meist eine gewisse Stabilität. Die häufig autoritären oder halb-autoritären

Regierungen gewährleisten die Sicherheitsfunktion, Defizite bestehen jedoch bei der Wohlfahrts- sowie der Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion. Das Steuer- und Abgabemonopol ist korrumpiert, politische Eliten bereichern sich an den Staatsressourcen und wirtschaften in die eigene Tasche, worunter elementare Dienstleistungen in Infrastruktur und Bildungs- oder Gesundheitssystem leiden. Neben wohlfahrtsstaatlichen Leistungen mangelt es an rechtsstaatlichen Strukturen und einer Legitimationsbasis der Regierung. Ethnische, lokale oder religiöse Zugehörigkeiten konkurrieren mit einer nationalen Identität, was innergesellschaftliche Konflikte befördern und zu einer Bedrohung des Gewaltmonopols durch private Vetoplayer führen kann (vgl. Seidl 2007: 40). Häufig existiert jedoch auch eine „Komplizenschaft“ zwischen staatlichen und parastaatlichen Akteuren. Hauck kritisiert dementsprechend auch den Begriff des „schwachen“ Staates als unzutreffend, insofern solche Staaten zwar sicherlich eine geringe Regulationsmacht (in Bezug auf normative Staatsaufgaben) aufweisen, die herrschenden Eliten jedoch in der Lage sind, mit aller Macht und gegen Widerstände ihre Akkumulation zu sichern und die Macht des Staatsapparats vielmehr als stark zu bezeichnen ist. (vgl. Hauck 2012: 175, 178, 186). Dieser Kategorie können die meisten Staaten weltweit zugeordnet werden. Beispiele sind viele Schwellenländer oder (halb-)autoritäre Staaten wie Saudi-Arabien und Iran, aber auch vereinzelt OECD-Staaten wie Mexiko (vgl. Lambach, Bethke 2012: 7).

Der Zerfallsprozess umfasst in zerfallenden Staaten zusätzlich die Sicherheitsfunktion, während die Steuerungsfähigkeit in anderen Dimensionen bereits nahezu gegen null tendiert. Das zentrale Gewaltmonopol wird von privaten Gewaltakteuren zersetzt. Folge davon ist der Verlust der Kontrolle über das gesamte Staatsterritorium und die Außengrenzen. Die Instabilität kann zudem von externen Kräften durch offene Staatsgrenzen intensiviert werden. Häufig wird dabei außer Acht gelassen, dass sich die Faktoren, welche Armut und Instabilität verursachen, in einer globalisierten Welt kaum auf die nationalstaatlichen Grenzen des betroffenen Staates begrenzen lassen, insofern auch fragile Staaten in globale Strukturen und transnationale Handelssysteme eingebunden sind (vgl. Nay 2013: 334). Eine ähnliche Kritik formuliert Hauck, der es für eine Illusion hält, die bloße Stärkung der Staatsapparate sei die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme fragiler Staaten, „was weder den internationalen noch den sozialstrukturellen Dimensionen dieser Probleme, weder den globalen noch den

nationalen Ungleichheitsstrukturen Rechnung trägt“ (Hauck 2012: 186). Das staatliche Gewaltmonopol und der Einfluss der Regierung bleiben infolgedessen auf die Hauptstadt oder den Regierungssitz beschränkt. Mangelnde Kapazitäten bei der Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung lassen das Justizwesen obsolet werden, es etablieren sich Selbstjustiz und lokale Rechtsprechung auf der Basis tribaler oder religiöser Traditionen. Ein effektives staatliches Steuersystem existiert nicht, vielmehr kommt es zu Mehrfachbesteuerung durch staatliche und private Akteure. Die fehlenden finanziellen Ressourcen erschweren es dem Staat, die Grundbedürfnisse der BürgerInnen ohne die Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen zu sichern. Indem er seine Aufgaben nicht länger erfüllen kann, entfällt der Staat auch als Bezugsrahmen für die Gesellschaft komplett. Die Loyalitäten der BürgerInnen gelten fortan entweder lokalen Warlords und Revolutionsführern, die meist unter Anwendung autokratischer oder oligarchischer Entscheidungsstrukturen und Androhung von Repressalien für Sicherheit auf regionaler Ebene sorgen, oder äußern sich entlang religiöser und ethnischer Trennlinien. Der Zustand des zerfallenden Staates trifft insbesondere auf formaldemokratische Staaten mit separatistischen Tendenzen zu (vgl. Seidl 2007: 41).

Als gescheiterter bzw. kollabierter Staat wird ein Zustand des „totalen Versagens der staatlichen Kräfte“ (Seidl 2007: 42) bezeichnet. Keine der Staatsfunktionen ist mehr in nennenswerter Weise vorhanden. Weder die formale Regierung noch eine der oppositionellen Parteien kann ihren Ordnungsanspruch durchsetzen. In dem entstandenen Machtvakuum gedeihen Gewaltprivatisierung und Gewaltökonomie. Der Zustand darf jedoch nicht mit Anarchie oder Chaos verwechselt werden. Anstelle des Nationalstaates als Modell politischer Organisation haben sich alternative, meist lokale Herrschaftsstrukturen gebildet. Diese bleiben, so eine Kritik an dem Konzept von fragiler Staatlichkeit, in der Bewertung jedoch meist unberücksichtigt. Ein robustes und funktionierendes System auf lokaler Ebene findet bei der Beurteilung von fragiler Staatlichkeit meist keinerlei Berücksichtigung, wenn der Staat auf zentraler Ebene kollabiert ist (vgl. van Overbeek et al. 2009: 19). Jegliche Formen der Staatlichkeit werden die Profiteure des Staatszerfalls (insbesondere regionale Warlords) versuchen zu verhindern. Ein vollständiger Zerfall oder Kollaps von Staatlichkeit ist historisch jedoch die absolute Ausnahme, die Regel sind partielle, mehr oder weniger ausgeprägte

Dysfunktionen. Ein absoluter Staatskollaps bildet den extremsten wie seltensten Endpunkt des Kontinuums von fragiler Staatlichkeit (vgl. Seidl 2007: 41f.). Empirisch lassen sich beispielsweise Somalia seit 1991 oder Liberia und Afghanistan in den 1990er Jahren dieser Kategorie zuordnen (vgl. Lambach, Bethke 2012: 7).

Der hier idealtypisch dargestellte Prozess führt den Nationalstaat natürlich nicht deterministisch hin zu einem totalen Zerfall. Vielmehr ist der Verlauf auch umkehrbar. Fallbeispiele beweisen, dass durch die richtigen Reaktionen auf fragile Staatlichkeit eine Konsolidierung möglich ist.

Die Forschung zu fragiler Staatlichkeit ist ein stark westlich geprägter Kosmos. Sicherlich ist es eine Ironie, dass zu fragiler Staatlichkeit hauptsächlich Menschen forschen, die weder selbst noch durch ihre Nachbarstaaten von Staatszerfall bedroht oder betroffen sind. Dies ist allerdings wenig verwunderlich, da von fragiler Staatlichkeit in ihren unterschiedlich starken Ausprägungen betroffene Nationalstaaten häufig keine Kapazitäten für ein Bildungssystem bereitstellen können, welches eine Forschung erst ermöglichen würde. Wessen oberste Priorität darin besteht, das eigene Überleben zu sichern, der hat weder das Interesse, noch die Möglichkeit, an einem wissenschaftlichen Diskurs zu fragiler Staatlichkeit teilzuhaben.

Dies gilt jedoch nicht für aufstrebende Staaten wie beispielsweise Indien, China, Russland oder Brasilien, die mehr als die USA und Europa von regionaler Instabilität bedroht sind. Hier liefert beispielsweise das indische Institute of Peace and Conflict Studies Beiträge zu dem Diskurs, die sich weitgehend mit den bereits erwähnten kritischen Ansätzen überschneiden. Einerseits missachten demnach westliche Konzepte die historischen Prozesse, welche zur Fragilität betroffener Staaten geführt haben (bspw. Kolonialvergangenheit oder externe Interventionen) und ignorieren so eine mögliche Verantwortung äußerer Akteure. In einer globalisierten Welt befinden sich Staaten jedoch in transnationalen Strukturen in den Bereichen Wirtschaft oder Entwicklungshilfe, sodass Entscheidungen in und über fragile Staaten heute auch auf transnationaler Ebene getroffen werden.

Zudem wird das Konzept als unpräzise kritisiert und darauf hingewiesen, dass keine einheitliche Definition von fragiler Staatlichkeit existiert. Infolgedessen neigen PolitikerInnen wie WissenschaftlerInnen dazu, jegliche Probleme, denen Entwicklungsländer gegenüberstehen, unter dem Begriff fragiler Staatlichkeit

zusammenzufassen und das Konzept so zu verwässern. Häufig wird dabei außer Acht gelassen, dass in nicht-westlichen Gesellschaften lediglich andere Voraussetzungen, Traditionen und Realitäten vorherrschen als in der westlichen Welt, welche es zu respektieren gilt (vgl. Huria 2008: 3ff). Während in Europa viele Nationalstaaten erst nach einem „Nation-Building“, also der Existenz einer nationalen Identität entstanden, wurde das Modell des Nationalstaates vielen nicht-westlichen Gesellschaften von außen durch Kolonialisierung oder Interventionen aufoktroiert. Trotz Fragilität auf der Staatenebene kann eine Gesellschaft so weiterhin auf anderen Ebenen funktional bleiben (Functional Anarchy). Konzepte zu fragiler Staatlichkeit, die lediglich die Ebene des Nationalstaates beachten, kommen hier zu einer Bewertung, welche die regionale Realität nicht trifft (vgl. Chandran 2009: 1-4).

Trotz oder gerade wegen ihrer starken Verbreitung im wissenschaftlichen, politischen und medialen Diskurs haben Theorien zu fragiler Staatlichkeit Kontroversen ausgelöst und Kritik hervorgerufen. Trotzdem sprechen einige Aspekte dafür, den Begriff, im Bewusstsein seiner Schwachpunkte, nicht aufzugeben. Die Verwendung von fragiler Staatlichkeit auch außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses (und insbesondere durch politische Akteure) verlangt vielmehr eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff und seiner politischen Verwendung durch WissenschaftlerInnen. Sinnvoll erscheint es jedoch, den Begriff in seiner Deutung von der Bindung an einen westfälischen Idealtyp von Staatlichkeit sowie von dem Fokus auf das Defizitäre zu lösen und den Anspruch auf die „Aushandlungsprozesse um die angemessene Rolle staatlicher Institutionen in der Steuerung gesellschaftlicher Belange“ (vgl. Lambach 2013: 55) zu reduzieren.

„Analytisch ist es völlig legitim, die Defizite und Pathologien formeller staatlicher Institutionen zu thematisieren. Dabei sollte man sich von normativen und teleologischen Annahmen und Erwartungen befreien und Fragilität eben nicht als (zeitweise) Abweichung von einem idealisierten Normalzustand verstehen. Oft ist die Frage produktiver, ob – und wenn ja, welche – funktionalen Äquivalente staatliche Aufgaben übernehmen“ (Lambach 2013: 55).

Letztlich schafft es Lambach mit seinem Plädoyer für die weitere Verwendung des Begriffes fragiler Staatlichkeit, die berechtigten Kritiken an selbigem in seinen Fragilitätsbegriff zu integrieren.

b. Afghanistan – Staatsbildung und Staatszerfall

In diesem zweiten Teil des Forschungsstandes soll nun die Tradition von Staatsbildung und Staatszerfall in Afghanistan, dem „target state“ dieser Forschungsarbeit, dargestellt werden. Dieser Überblick über die Historie von Staatlichkeit und Gestaltung von Politik in Afghanistan ist die Voraussetzung für ein akkurates Verständnis der Wahrnehmungen Afghanistans durch die regionalen Regierungen.

Afghanistan ist heute ein Nationalstaat, welcher von zahlreichen Konfliktlinien und gesellschaftlichen Disparitäten geprägt ist. „Die Lage Afghanistans an der Schnittstelle zwischen Westasien, Zentralasien und dem Indischen Subkontinent bedingt eine enorme kulturelle Vielfalt“ (Schetter 2007c: 125). So existieren in Afghanistan mindestens 50 Ethnien. Die größte Gruppe bilden die Paschtunen, welche in Stammesstrukturen im Süden und Osten des Landes die afghanisch-pakistanische Grenzregion besiedeln. Weitere große Volksgruppen sind Tadschiken und Usbeken im Norden und Hazara in Zentralafghanistan. Einhergehend mit der ethnischen Vielfalt ist eine Heterogenität an Sprachen festzustellen: neben den offiziellen Amtssprachen Paschtu (Sprache der Paschtunen) und Dari (Version des Persischen) existieren weitere dreißig Sprachen. Selbst der Islam als beherrschende Religion dient aufgrund seiner variierenden Strömungen (diverse sunnitische und schiitische Formen) nicht als übergeordneter Bezugspunkt. Hinzu kommt eine erhebliche Werte- und Normendiskrepanz zwischen den modernen Großstädten wie Kabul und der traditionellen Peripherie (vgl. Schetter 2007c: 125-133). So stößt auch die Idee von Staatlichkeit in den Städten auf breite Akzeptanz. In der Peripherie ruft jedoch jeder Versuch, diese den tribalistischen Traditionen aufzuoktroieren, Widerstand hervor. „Während auf dem Land die traditionellen Eliten in Stammes- und

Clanstrukturen ihre Herrschaft ausübten, versuchte die städtische und vor allem die neue Elite Kabuls, den Staat zu modernisieren“ (Zeitler 2007: 135). Diese Umstände haben es, vor allem in der jüngeren Vergangenheit Afghanistans, erschwert, den Nationalstaat als Ebene für Problemlösungen zu etablieren und die gesamte Gesellschaft in zentralstaatlich organisierte, politische Strukturen zu integrieren. Vielmehr ist das System der Stammesherrschaften „bis heute das dominierende Struktur- und Ordnungssystem auf lokaler Ebene“ (Zeitler 2007: 133) und übernimmt Staatsfunktionen.

„In Afghanistan etablierte sich eine Instabilität auf hohem Niveau, die ihre Ursache seit Jahrhunderten in den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen hat. Der abweisende Naturraum, die Konflikte zwischen Stadt und Land, der extreme Partikularismus, die kulturelle Heterogenität wie auch die Einmischung von außen werden wohl auch zukünftig die Entwicklung des Landes beeinflussen“ (Schetter 2007b: 91).

Zunächst soll hier die Entstehung und Entwicklung von Staatlichkeit in Afghanistan nachvollzogen werden. Zur Zeit des Westfälischen Friedens 1648 und der Entstehung des Nationalstaates in Europa galt das heutige Territorium Afghanistans noch als „Highway of Conquest“, also als militärisches wie wirtschaftliches Durchgangsland für Eroberer und Nomadenvölker auf dem Weg zu dem indischen Subkontinent. Die riesigen und dezentral organisierten Reichsgebilde hielten sich meist nur wenige Dekaden, ehe sie von wieder anderen abgelöst wurden. Auf diesem Wege konnte sich die Religion des Islam auf dem Gebiet Afghanistans verbreiten und dauerhaft etablieren (vgl. Schetter 2007a: 17f.). Heute gehören 99% der Afghanen dem Islam in seinen verschiedenen Strömungen an.

Die Entstehung des modernen Afghanistans datiert die afghanische Geschichtsschreibung gerne auf 1747. Das von Achmad Schah Durrani gegründete Durrani-Reich zwischen Persien und Indien glich jedoch „eher einem lockeren Verbund von Fürstentümern und Stämmen, die Achmad Schah nur indirekt beherrschte, als einem organisierten und kontrollierten Staatswesen“ (Schetter 2007a: 19). Mit seinen offenen Grenzen, der Organisation in lokalen Stämmen und der Entstehung regionaler Machtzentren in Herat, Kandahar und Peschawar hatte das Durrani-Reich tatsächlich weder ein einheitliches Staatsgebiet, noch ein einheitliches Staatsvolk oder eine einheitliche Staatsgewalt. Immerhin konnte

Afghanistan auf diesem Wege den Status als „Crossroad of the Conquerors“ ablegen.

Dafür geriet das Land im 19. Jahrhundert erstmals in den Mittelpunkt des Weltgeschehens und in den Einflussbereich der Großmächte Großbritannien und Russland. In dem als „Great Game“ bekannten Konflikt galt Afghanistan als „herrschaftslose Pufferzone zwischen Persien und den Kolonialmächten Russland und Britisch-Indien“ (Schetter 2010: 55) und als Territorium einer potenziellen militärischen Konfrontation in Folge der imperialen Expansionsversuche und konfligierenden Interessen beider Großmächte.

„Beide Staaten, Großbritannien wie Russland, verstanden sich als moderne europäische Großmächte, deren Aufgabe darin bestand, Ordnung zu schaffen, wo scheinbar Unordnung herrschte, und Afghanistan, das als Pufferzone zwischen den britischen und russischen Interessenzonen lag, widersprach allen Vorstellungen europäischer Staatlichkeit. Es war ein wirtschaftlich und militärisch rückständiges Gebiet mit offenen Grenzen, eine Grenzgesellschaft, in der Nomaden und Stammeskrieger Staatsgrenzen weder kannten noch respektierten. Dieses staatenlose Gebilde nahmen die Kolonialmächte als Bedrohung wahr“ (Baberowski 2007: 25).

In diesem Klima waren es schließlich die Briten, die 1838 mit dem ersten Anglo-Afghanischen Krieg versuchten, das Gebiet unter ihre Kontrolle zu bringen und einem weiteren Vordringen des russischen Zarenreiches zuvorzukommen. Der Krieg endete 1842 „mit dem größten Debakel der britischen Kolonialgeschichte“ (Baberowski 2007: 26). Nach einem zweiten Anglo-Afghanischen Krieg 1878/1879 gehörte Afghanistan schließlich doch bis zu seiner, durch den dritten Anglo-Afghanischen Krieg 1919 erstrittenen Unabhängigkeit, Britisch-Indien als halbautonomes Protektorat an. In dieser Phase zogen die Briten 1893 die Durrand-Linie als Grenzverlauf Afghanistans zu Britisch-Indien. Die Grenze, die mitten durch die Siedlungsgebiete der Paschtunenstämme verläuft, trennt seit 1947 den Staat Pakistan von Afghanistan. Von paschtunischer Seite aus wird die Durrand-Linie auch heute noch für ungültig erklärt (vgl. Baberowski 2007: 26ff.).

Anfang des 20. Jahrhunderts sollte Afghanistan unter der Herrschaft Amanullahs nach dem Vorbild der Türkei Kemal Atatürks modernisiert werden. Die Trennung von Religion und Staat, die Schulpflicht für Jungen und Mädchen sowie eine Verfassung mit gleichen Rechten für alle BürgerInnen kamen für das traditionell-

islamische afghanische Volk jedoch zu früh. Vielmehr als der Nationalstaat dienten die Dorfgemeinschaft und der Stamm (in einigen Teilen Afghanistans bis heute) als Identitätsstifter. Unter Amanullahs Nachfolgern Nadir Schah und Sahir Schah wurden die radikalen Reformen daher unter Berücksichtigung der konservativen Grundhaltung der Bevölkerung teilweise wieder aufgehoben. Afghanistan war schon in dieser Periode ein schwacher Staat. Keiner der genannten Herrscher konnte ein stehendes Heer oder eine funktionierende Verwaltung aufbauen, um Steuern zu generieren. Zeitler erklärt dieses Phänomen mit der Dominanz tribalistischer Strukturen in Afghanistan (vgl. Zeitler 2007: 131f).

Während des Ost-West-Konfliktes konnte Afghanistan als blockfreier Staat sowohl von amerikanischer, als auch sowjetischer Entwicklungshilfe profitieren, machte sich jedoch auch zunehmend von dieser abhängig (vgl. Grevenmeyer 1987: 103f). Nachdem das Land Ende der 1960er Jahre in eine wirtschaftliche wie strukturelle Krise geriet, kritisierten sowohl kommunistische als auch islamistische Kräfte den Kurs der Regierung. 1978 putschten sich schließlich die kommunistischen Parteien an die Macht, ohne jedoch einen Rückhalt in der Bevölkerung zu genießen. „Der Versuch, mit einer Landreform das Eigentumsrecht anzutasten und neue Ideen in die Dörfer zu tragen, stieß die alte Oberschicht vor den Kopf und löste bei der Landbevölkerung erbitterten Widerstand aus“ (Schlagintweit 2007: 38). Um das kommunistische Regime vor einem Zusammenbruch zu bewahren, entschloss sich die Sowjetunion, zu diesem Zeitpunkt an die gesamte Nordgrenze Afghanistans angrenzend, 1979 schließlich zu einer Intervention in Afghanistan.

„Ihre Absicht war es vor allem, zu verhindern, dass ein kommunistisch geführtes Land zurück in die Hände »reaktionärer Kräfte« fiel (Breschnjew-Doktrin). Angesichts der Islamischen Revolution im Iran (Anfang 1979) befürchtete die sowjetische Führung auch, dass sich in unmittelbarer Nähe der Sowjetunion ein Gürtel radikal-islamischer Staaten bilden und eine »islamische« Revolution auch ihre zentralasiatischen Provinzen in Brand setzen könnte (Schlagintweit 2007: 39).

Nach der intensiven und wenig erfolgreichen Beziehung der Afghanen zu dem Nationalstaat gab der Widerstand gegen die neunjährige sowjetische Besatzung der Bevölkerung zumindest kurzzeitig eine gemeinsame nationale Identität. Die Sowjets hinterließen bei ihrem Abzug aus Afghanistan 1989 jedoch einen zerfallenden Staat ohne etablierte politische Strukturen und Institutionen oder

eine Strategie zur Neugestaltung nach dem Regierungssturz (Schlagintweit 2007: 38ff).

Nach dem Sturz der ohnehin nur noch formal existierenden kommunistischen Regierung Nadschibullahs im Jahre 1992 stand Afghanistan vollends vor einem Staatskollaps.

„Die vielen Einzelinteressen ließen die vormalige Koalition gegen die Sowjetunion schnell zerbrechen und der Machtkampf wurde unvermindert weitergeführt. Zum bedeutendsten Kriegsschauplatz wurde in dieser Phase vor allem die Hauptstadt Kabul, mit der man immer noch die Staatlichkeit Afghanistans geografisch verband. Dies deutet darauf hin, dass keine der Kriegsparteien an einem Auseinanderbrechen des afghanischen Staates interessiert war. Nichtsdestotrotz bildeten sich gerade in dieser Phase ein Herrschaftsoligopol aus verschiedensten autonomen Kleinreichen und Machtzentren, die sich meist nach ethnischen Gesichtspunkten bildeten und die größtenteils von den Kriegswirren verschont blieben. Das staatliche Gewaltmonopol löste sich in dieser Phase vollkommen auf“ (Zeitler 2007: 136).

Da keine der Konfliktparteien das Machtvakuum des umkämpften Kabuls dauerhaft füllen und die Sicherheitslage stabilisieren konnte, mangelte es an einem zentralen Gewaltmonopol (vgl. Lambach 2008: 68). Damit war die erste und grundlegendste Staatsfunktion nicht gewährleistet und der politische Zerfall des Zentralstaates eine logische Konsequenz. Folglich etablierten lokale Warlords als alternative Herrschaftstypen parastaatliche Strukturen und versuchten ihr Einflussgebiet unter Gewaltanwendung mit Hilfe privater Milizen zu erweitern. Die Warlordisierung Afghanistans war zu diesem Zeitpunkt Ausdruck eines „Komplettversagen[s] des Staates in dieser Region“ (Zeitler 2007: 139). Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Zerfall des afghanischen Staates durch externe Einflussnahme begünstigt wurde (vgl. Büttner 2004: 14f.). Die Schwäche staatlicher Strukturen und der Zerfall des politischen Systems förderten also die Entstehung bewaffneter Konflikte. Private Milizen waren insbesondere aus wirtschaftlichen Profitinteressen (Waffenhandel, Opiumanbau, private Besteuerung) an einer Aufrechterhaltung dieses staatlichen Schwächezustandes interessiert. „Alle diese regionalen Fraktionen wiesen im ökonomischen Bereich eine weitaus engere Verflechtung mit den an ihren Einflussbereich angrenzenden Nachbarstaaten auf als mit anderen Landesteilen Afghanistans“ (Mielke 2007: 73).

Während des Bürgerkrieges versuchten so auch die Nachbarstaaten Afghanistans und regionale Großmächte, die Entwicklung des Landes nach ihren Interessen zu beeinflussen, um einer ihnen wohlgesonnene Gruppierung in Kabul an die Macht zu verhelfen. So förderten Pakistan, Indien, Usbekistan, Iran, Saudi-Arabien und auch die USA und Russland diverse Konfliktparteien mit finanziellen Ressourcen und erschwerten somit gleichermaßen eine innerafghanische Lösung des Konfliktes.

Ab 1994 gelang es den Taliban, einer radikal-islamischen Bewegung aus den paschtunischen Stammesgebieten Südafghanistans und Nordpakistans, subventioniert von dem pakistanischen Geheimdienst ISI, bis 1998 fast das gesamte Territorium Afghanistans unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei profitierten sie zugleich von der Unentschlossenheit der Widerstandsparteien. Die Taliban setzten sich aus zumeist ungebildeten Waisenkindern aus den Koranschulen in Paschtunistan zusammen. Viele waren in Pakistan unter paschtunischen Ehr- und Rechtsvorstellungen aufgewachsen und wollten Afghanistan in einen Gottesstaat der islamischen Frühzeit verwandeln (vgl. Schetter 2007b: 78ff). Durch die Einführung der Scharia und unter Androhung und Anwendung von Gewalt konnten die Taliban vielerorts eine überregionale Ordnung errichten und die Sicherheitsfunktion zumindest eher garantieren, als dies einer der Bürgerkriegsparteien in den Jahren zuvor gelungen war (vgl. Zeitler 2007: 134, 137). Trotzdem kann in dieser Phase nicht von einer Konsolidierung des afghanischen Nationalstaates gesprochen werden: die auf einem System aus Angst und Bestrafung aufbauende Ordnung der Taliban blieb fragil. In weiteren Staatsfunktionen scheiterte die Taliban-Politik. Ohne nennenswerte administrative und politische Strategien zu der Regierung eines Landes hing das Überleben der Bevölkerung weiterhin von internationaler Entwicklungshilfe ab. In der Phase der Taliban-Herrschaft bis 2001 mangelte es an elementaren Sozialleistungen. Das Bildungs- und Gesundheitssystem waren kollabiert und die staatliche Verwaltung kaum existent. Auch nach der Eroberung des Landes zeigten die Taliban kein Interesse an einem politischen und infrastrukturellen Aufbau des afghanischen Nationalstaates (vgl. Schlagintweit 2002: 164f).

Mangelnde staatliche Struktur und Kontrolle, die Isolation aus der internationalen Gemeinschaft und die radikal-islamische Regierung der Taliban förderten Ende der 1990er Jahre die Anwesenheit internationaler, islamistischer Terroristen in

Afghanistan (vgl. Schetter 2010: 133ff). Schließlich verhalfen die Terroranschläge des 11. September 2001 dem fast vergessenen Krisenherd wieder einmal zu ungewollter, weltweiter Aufmerksamkeit. Die Anschläge hatten der saudische Terrorist Osama Bin Laden und dessen Terrororganisation Al-Qaida von afghanischem Boden aus vorbereitet und organisiert. Zu diesem Zwecke wurden ihnen von der Taliban-Regierung Ausbildungscamps auf afghanischem Territorium zur Verfügung gestellt. Ein Ultimatum zur Auslieferung der Terroristen durch die USA ließen die Taliban verstreichen. Als Konsequenz wurde Afghanistan zur Zielscheibe des „war on terror“. Insbesondere die Problematik der territorialen Verortung nicht-staatlicher Gewaltakteure wie Al-Qaida erschwerte den USA eine Reaktion auf die Anschläge. Diese traf daher mit Afghanistan einen Nationalstaat (und keine private Terrororganisation), welcher durch die Untätigkeit der Taliban-Regierung höchstens indirekt mit den Anschlägen in Verbindung stand. Die Taliban wurden noch bis Ende 2001 durch Luftschläge der USA und eine Bodenoffensive der ehemaligen afghanischen Widerstandsparteien (vereinigt als Nordallianz) besiegt und in die paschtunischen Stammesgebiete nach Pakistan zurückgedrängt (vgl. Meienberg 2012: 30f). Die nun gehegte Hoffnung der westlichen Intervenierenden, den gescheiterten Staat nicht nur infrastrukturell aufzubauen, sondern auch die Staatlichkeit zu konsolidieren und das Land politisch zu stabilisieren, erfüllte sich jedoch nicht.

Zwar konnten bis 2005 die Ziele des Petersberger Abkommens, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und die Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, erreicht werden, allerdings gelang es zu keiner Zeit, eine stabile Sicherheitslage im Land zu gewährleisten, da die Bush-Regierung ihre Ressourcen für die anstehende Irak-Invasion sammelte (vgl. Meienberg 2012: 32f). Das elementare Gewaltmonopol des neuen afghanischen Staates wurde durch die gewaltsame Opposition der Taliban konsequent unterminiert. Aus der Unfähigkeit der USA und ihrer Verbündeter, Sicherheit herzustellen, resultierte zudem ein zunehmendes Legitimitätsdefizit der internationalen Akteure in der afghanischen Bevölkerung. Die Strategie der von den Bonner Verhandlungen und dem neuen politischen System ausgeschlossenen Taliban, gezielte Terroranschläge auf repräsentative Ziele des afghanischen Staates und internationale Akteure, zeigte demnach ihre Wirkung (vgl. Schetter 2007b: 87-93). Ohne die Sicherheitsfunktion des Staates aufrecht zu erhalten, war eine

nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und ein Wachstum politischer Strukturen nahezu unmöglich. Dreizehn Jahre nach den Terroranschlägen gilt der Afghanistan-Einsatz heute in der öffentlichen Wahrnehmung als gescheitert. Doch insbesondere in den letzten Monaten und Jahren macht sich teilweise auch vorsichtiger Optimismus breit. Neben den Fortschritten in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit und Bildung haben sich insbesondere die Anzahl und Kompetenzen der afghanischen Armee und Polizei vervielfacht. Während die afghanische Armee 2011 noch an lediglich einem von zehn sicherheitsrelevanten Vorfällen alleine beteiligt war, hat sich dieses Verhältnis bis Anfang 2014 beinahe umgekehrt (vgl. Riecke 2014: 91f). Gleichzeitig bleibt die Sicherheitslage jedoch angespannt. Zwar bleiben als Resultat der Verhandlungen des neuen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani mit der US-Regierung 2015 etwa 12.000 militärische Truppen zur Ausbildung der Streitkräfte und der Terror-Bekämpfung (Mission „Resolute Support“) in Afghanistan stationiert, allerdings lässt sich bereits ein neuer Trend abzeichnen: So sind 2014 laut afghanischem Verteidigungsministerium die meisten Toten der afghanischen Streitkräfte seit Beginn der US-Intervention 2001 zu verzeichnen (vgl. Guéhenno 2015).

Als Resultat der 2011 eingeleiteten Transitionsphase, also der schrittweisen Übergabe der Verantwortung von ISAF an die afghanischen Sicherheitskräfte zur Vorbereitung des Abzuges der NATO-Truppen aus Afghanistan, agiert der afghanische Staat seit Beginn 2015 wieder vollständig souverän. Mut machten vor allem die Präsidentschaftswahlen im April und Juni 2014, die trotz Warnungen der Taliban relativ sicher durchgeführt werden konnten. Diese Sicherheit drückte sich auch in einer Wahlbeteiligung von immerhin 54% aus. Fakt ist jedoch auch, dass die westliche Staatengemeinschaft ihre Afghanistan-Mission beendet, ohne den militärischen Gegner, die Taliban um ihren Führer Mullah Omar, geschlagen zu haben und ohne ihre politischen Ziele, den Aufbau eines stabilen und demokratischen Nationalstaates, erreicht zu haben (vgl. Wörmer 2013: 8).

Durch das Auslaufen der ISAF-Mission Ende Dezember 2014 und die endgültige Übergabe der Verantwortung über die Sicherheit der Bevölkerung und die politischen Institutionen an die afghanischen Sicherheitskräfte steht der afghanische Nationalstaat aktuell vor einer weiteren Prüfung. Dementsprechend werden auch die regionalen Nationalstaaten und deren Regierungen die weitere Entwicklung des Landes genau beobachten und möglicherweise beeinflussen.

Methodik

Die Wahrnehmungen der ausgewählten Regierungen sollen mit Hilfe der Grounded Theory Methode (GTM) nach Strauss und Corbin analysiert werden.

Die Grounded Theory Methode wurde 1967 von Anselm Strauss und Barney Glaser in „The Discovery of Grounded Theory“ konzipiert. Anknüpfend an die Arbeiten von John Dewey, George Herbert Mead und Charles Sanders Peirce und im Kontrast zu dem damals vorherrschenden sozialwissenschaftlichen und methodologischen Mainstream der Überprüfung bzw. Verifizierung bekannter Hypothesen, hat dieses Buch den Anspruch, neues theoretisches Wissen aus den Daten zu generieren und so die Beziehung von Theorie und Empirie neu zu definieren (vgl. Alheit 1999: 1f).

Nach inhaltlichen Konflikten entwickelten sowohl Glaser, als auch Strauss (mit Juliet Corbin) separat die GTM weiter (vgl. Strübing 2014: 1ff), wobei sich diese Arbeit an Strauss' und Corbins Version orientiert.

Die Besonderheit der Methode umschreibt Strübing folgendermaßen:

„Von gängigen Lehrbüchern der empirischen Sozialforschung unterscheidet er [Strauss] sich hier insofern diametral, als er gar nicht erst versucht, eine idealtypische und von den situativen Umständen des konkreten Forschungsvorhabens unabhängige Sequenzialität einzelner Prozessschritte zu suggerieren (sonst gerne als ‚der Forschungsprozess‘ in einschlägigen Einführungen abgehandelt). Stattdessen betont die Grounded Theory die *zeitliche Parallelität* und wechselseitige *funktionale Abhängigkeit* der Prozesse von Datenerhebung, -analyse und Theoriebildung (Strübing 2014: 11).

Die ständige Parallelität der verschiedenen Arbeitsschritte hat zur Folge, dass keiner dieser Prozesse vollständig abschließbar ist. Die Theoriebildung stellt also nicht den Endpunkt des Forschungsprozesses dar, sondern befindet sich in einer ständigen Wechselbeziehung mit den anderen Schritten der Datenerhebung und Datenanalyse. Auch Forscher und Forschungsgegenstand modifizieren ihr Verhältnis gegenseitig, sodass die Ergebnisse zwangsläufig subjektiv geprägt sind (vgl. Mey, Mruck 2011: 15f). Strauss und Corbin halten demnach eine absolut objektive Forschung weder für möglich noch für wünschenswert.

Wissenschaft soll und kann es nicht leisten, eine absolute oder universelle Wahrheit zu einem Forschungsgegenstand aufzudecken, zumal sich diese dem menschlichen Geist verschließt. Ohne diese Finalität ist Wahrheit hochgradig von der Interpretation und Wahrnehmung einer Gesellschaft abhängig. „Die Dinge sind nicht so wie sie sind, sondern wie sie eine Gesellschaft für ihre Mitglieder gedeutet hat und wie sie sie weiter deutet“ (Abels 2010: 89). Dem epistemologischen Ansatz von Berger und Luckmann folgend, erscheint die Alltagswelt dem Individuum als Wirklichkeit und subjektiv sinnhaft. Das institutionalisierte Wissen konstituiert sich aus jedermanns Gedanken und Taten, also aus dem kollektiven Glauben an seine Existenz und Wirklichkeit und gewährleistet damit dessen weitere Gültigkeit (vgl. Berger, Luckmann 2007: 21f.). Da auch der Forscher diesen Kosmos nicht von außen beobachtet, sondern selbst ein Teil davon ist, entstehen Forschungsergebnisse aus subjektiven Wahrnehmungen und Beobachtungen.

Dies bedeutet, dass Theorien zwar besonders plausibel sein und auf breiten gesellschaftlichen Konsens stoßen können, jedoch trotzdem den Status von Hypothesen behalten und damit potentiell falsifizierbar bleiben. Ein solches Wissenschaftsverständnis kann nicht zum Ziel haben die „geheime Wahrheit des Universums“ zu ergründen. Wissenschaft liefert stattdessen Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs und erläutert den Gegenstand aus verschiedenen Blickwinkeln. Die unter den subjektiven Wahrnehmungen der Forscher entstandenen Perspektiven eröffnen einen Pluralismus an Meinungen zu relevanten Themen. Diese Arbeit stellt demzufolge einen Beitrag zu dem wissenschaftlichen Diskurs zu fragiler Staatlichkeit dar.

Ein Vorteil der und Argument für die Grounded Theory ist dabei die offene Herangehensweise, die sie dem Forscher gewährt. Da kein theoretischer Rahmen existiert, wird vermieden, sich schon im Vorfeld der Forschung auf selektive Konzepte und Kategorien zu beschränken. Bei der Grounded Theory ermöglicht erst die Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial selbiges (vgl. Strübing 2014: 11-14). Dies ist jedoch nicht mit einer methodologischen Anarchie bzw. einem „everything goes“ zu verwechseln, sodass Alheit das Paradigma der Grounded Theory passend als „geplante Flexibilität“ bezeichnet:

„Geplant“ insofern, als gewisse hypothetische Vorannahmen auch über ein neues Forschungsfeld notwendig und sinnvoll sind; „flexibel“ und „offen“, weil sich im

Forschungsprozess diese Vorannahmen ändern können. Vom ersten Kontakt mit dem Feld an werden sie mit neuen Informationen angereichert, erweitern sich und postulieren am Ende womöglich das Gegenteil von dem, was sie ursprünglich angenommen hatten“ (Alheit 1999: 7).

Da Fremdes nur verstanden werden kann, wenn es mit bereits Bekanntem verglichen wird, verknüpft der Mensch unbewusst neue Situationen mit erlerntem Vorwissen. Den Schlüssel zu einer Theoriebildung stellt demnach das Vergleichen dar. In den intuitiven Wissensstrukturen des menschlichen Geistes sind „Vorurteile“ also unausweichlich (Alheit 1999: 6f). Vorwissen ist jedoch keineswegs ein die Werturteilsfreiheit verfälschendes Übel, sondern ein notwendiges Element sozialwissenschaftlicher Forschung und steht während des Forschungsprozesses in ständiger Wechselbeziehung mit dem vorhandenen Datenmaterial. Um eine schlichte Reproduktion des Vorwissens zu vermeiden, ist es sinnvoll, die eigenen Vorurteilssysteme schriftlich zu fixieren, um eine kritische Selbstreflexion und die Möglichkeit der Falsifikation bestehender Vorurteile zu gewährleisten.

Der Forscher hat dadurch mehr als bei alternativen Forschungsstilen die Gelegenheit, auch auf unvermutete und überraschende Ergebnisse zu stoßen, das eigene Weltbild kritisch zu hinterfragen und intuitive Vorurteile zu widerlegen.

In der Forschungspraxis ist die constant comparative method, also die Methode des ständigen Vergleichens die Leitidee des Forschungsprozesses. Aus dem empirischen Material werden durch das Vergleichen Kategorien generiert. Strauss und Corbin bezeichnen dies als „Kodierprozess“. Das Kodieren bietet einen interpretativen Zugang zu dem Forschungsmaterial.

Die Grounded Theory Methode nach Strauss kennt drei verschiedene Formen des Kodierens: das offene, axiale und selektive Kodieren. Die Stufen finden jedoch nicht chronologisch Anwendung, sondern zeitlich parallel. Das offene Kodieren dient dem Aufbrechen der Daten und gewährleistet einen ersten, noch breiten Zugang zu dem Material. Hier gilt es, die den Daten inhärenten Informationen nicht mit eigenen Worten zu paraphrasieren, sondern unter dem Einfluss expliziten Kontextwissens das Material kontrolliert zu interpretieren. Aus der offenen Analyse des Datenmaterials resultieren neue Informationen und Fragen, die zu weiteren Konzepten führen und in dieser Phase des Forschungsprozesses nicht

zwangsweise beantwortet oder eingeordnet werden müssen. Das offene Kodieren dient vielmehr eines vorläufigen Herantastens an den Forschungsgegenstand und das Material (vgl. Strauss 1998: 58). Im Rahmen des axialen Kodierens werden Zusammenhänge zwischen verschiedenen Codes erarbeitet und die Beziehungen zwischen dem untersuchten Material genauer untersucht. Hier stellt sich möglicherweise auch heraus, welche Konzepte erklärende Kraft haben und genauerer Interpretation bedürfen und welche eine geringe Relevanz für die Fragestellung aufweisen. Das selektive Kodieren integriert die bisher erarbeiteten Konzepte zu erkenntnisreichen Kategorien. Hier steht die Bedeutung für die Gesamtfragestellung im Vordergrund. Idealerweise lässt sich das untersuchte Material zu wenigen Kern- oder Schlüsselkategorien verdichten, sodass fokussierter und systematischer analysiert wird (vgl. Strauss 1998: 63f.). Der Kodierprozess kann fortgeführt werden, bis eine theoretische Sättigung eintritt, also bis die Analyse zusätzlichen Materials keine neuen Eigenschaften für die Kategorie hervorbringt.

Im Rahmen dieser Abschlussarbeit wird ein Kodierbaum bei Microsoft Word eingerichtet. Dieser soll zusammen mit einem Kategoriensystem die Forschung, für den Forschenden selbst, aber auch für die LeserInnen, transparent und nachvollziehbar gestalten. Das Analysematerial wird in Form von relevanten Sequenzen in den Kodierbaum aufgenommen. Mittels Kommentarfunktion werden anschließend zu jeder Sequenz Memos angefertigt. Hier werden Hypothesen gebildet und das Material interpretiert. Die Memos „liefern die inhaltliche Grundlage für die Kategorien“ (Glaser, Strauss 2010: 127) und dienen sowohl der Konservierung interpretativer Ideen, als auch der Transparenz des Forschungsprozesses. Die Hypothesen können „geclustert“ und in einem Kategoriensystem zu Kategorien zusammengefasst werden. In einem Kategorienmemo werden nun die Zusammenhänge der Hypothesen und die Relevanz der Kategorie für die Forschungsfrage analysiert.

Forschungsdesign

Um das Forschungsvorhaben zu präzisieren, sollen an dieser Stelle die Auswahl des Materials und des Untersuchungszeitraumes festgelegt und begründet werden. Den Status „Material“ erhalten grundsätzlich sämtliche Daten, welche eine Relevanz für die Forschungsfrage aufweisen, also einerseits einer offiziellen Regierungsquelle entstammen und sich andererseits mit der Staatlichkeit Afghanistans auseinandersetzen. Diese Kriterien treffen nicht ausschließlich auf schriftliche Verträge oder Abkommen zu. Bereits Sprechakte relevanter politischer Akteure versprechen einen Erkenntnisgewinn und gelten somit als Material.

Sicherlich haben auch gesellschaftliche Akteure wie NGOs, Wirtschaftsunternehmen, Medien oder Interessengruppen interessante Perspektiven auf den Forschungsgegenstand zu bieten. Die Restriktion auf den Regierungsdiskurs ergibt sich jedoch aus der nur dreimonatigen Forschungszeit für diese Bachelor-Abschlussarbeit, die Auswahl des Akteurs aus dem starken Einfluss und der Verantwortung, welche Regierungen von Nationalstaaten im Bereich der internationalen Beziehungen, trotz Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozessen, weiterhin haben.

Als Material für diese Forschung ließen sich hauptsächlich Sprechakte wie Reden, Interviews und Statements offizieller Regierungsvertreter generieren. Aber auch offizielle Regierungs- und Presseerklärungen brachten weitere Erkenntnisse. Die Daten ließen sich unproblematisch über die Internetauftritte der Regierungen, der Außenministerien und der jeweiligen Botschaften in Afghanistan online abrufen. Das Material stand dabei in englischer Sprache zur Verfügung. Nach Konsultation der zur Verfügung stehenden Dokumente konnte das Material identifiziert werden, welches einen Erkenntnisgewinn für die Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfrage versprach.

Hauptkriterium bei der Beschränkung auf einen Untersuchungszeitraum war die Aktualität des vorhandenen Datenmaterials. Für die Nationalstaaten China, Indien, Pakistan, Iran und Russland weist der Fall Afghanistan einhergehend mit dem Ende der ISAF-Mission eine Relevanz auf, aus welcher Verantwortung und regionales Engagement zur Vermeidung eines erneuten Kollaps Afghanistans

resultieren. Dementsprechend und aufgrund des zahlreich zur Verfügung stehenden Datenmaterials ließ sich der Untersuchungszeitraum auf das Jahr 2014 und Januar 2015 beschränken.

Forschungsergebnisse

Während des Forschungsprozesses wurden die Wahrnehmungen der fünf Regierungen Irans, Pakistans, Indiens, Chinas und Russlands von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan aus dem ausgewählten Datenmaterial rekonstruiert. Während der Sequenzanalyse konnten so durch die Interpretation des regierungsamtlichen Diskurses zunächst Hypothesen aufgestellt werden, die auf einem vergleichsweise niedrigen Abstraktionsniveau die Wahrnehmungen der Regierungsvertreter widerspiegelten. Diese Hypothesen wurden schließlich zu zehn Kategorien verdichtet, die gewisse Zusammenhänge zwischen den einzelnen Hypothesen verdeutlichen, wobei hier die anfängliche Trennung zwischen den Regierungen aufgehoben wurde. Die Präsentation der Forschungsergebnisse strukturiert sich anhand dreier Schlüsselkategorien. Diese konnten auf der allgemeinsten Abstraktionsebene als vereinende und prägende Stränge der rekonstruierten Wahrnehmungen identifiziert werden.

Zunächst folgten die untersuchten Regierungen in ihrer Wahrnehmung von Afghanistan, dessen Problemen und den bevorzugten Lösungsansätzen einem westlichen Leitbild von Staatlichkeit. Da sich die Wahrnehmungen bezüglich der Normativität von Staatlichkeit nur im Detail unterscheiden, scheint das Leitbild eines westfälischen Nationalstaates mit souveräner Zentralregierung auch außerhalb der westlichen Welt, zumindest für die fünf untersuchten Regierungen, institutionalisiert und für alle Nationalstaaten erstrebenswert zu sein.

Die Subjektivität von Wahrnehmungen offenbarte sich vor allem durch das jeweils individuelle Bewusstsein über die Struktur des internationalen Staatensystems und die eigene, perzipierte Position darin. Die Erfahrungen und historischen wie kulturellen Besonderheiten zwischen den Nationalstaaten, sowie die Kenntnis

über Bündnis- und Konfliktverhältnisse prägten die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit, aber auch die sicherheitspolitischen Interessen gegenüber Afghanistan. Gleichermaßen hatten innenpolitische Sachverhalte einen Einfluss auf die Afghanistanpolitik der Regierungen.

Die wahrgenommene fragile Staatlichkeit Afghanistans hat zudem, verstärkt durch das Auslaufen der ISAF-Mission und das Ende der Hegemonie der USA, einen Einfluss auf die Interessen und Strategien der untersuchten Regierungen. Aus dem wahrgenommenen Machtvakuum in Afghanistan resultiert in der zentral- und südasiatischen Region ein Wettstreit um politischen und wirtschaftlichen Einfluss und ideologische Vorherrschaft in Afghanistan.

Im Folgenden sollen die Forschungsergebnisse nun ausführlich unter Verweis auf die Kategorien belegt und dadurch möglichst verständlich erklärt werden.

A. Das westliche Leitbild von Staatlichkeit als globale Institution

Das grundlegende Forschungsinteresse dieser Arbeit bestand darin, wie auch die Fragestellung verdeutlicht, die Wahrnehmungen der iranischen, pakistanischen, indischen, chinesischen und russischen Regierung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan zu rekonstruieren. Dieses Interesse resultierte unter anderem aus einer beobachteten Dominanz westlicher Perspektiven von Staatlichkeit. Die Historie und Kultur Europas, sowie die Sozialisation und Medienberichterstattung in einem europäischen Nationalstaat vermitteln ein verfestigtes Bild von politischer Organisation und gesellschaftlicher Struktur, welches jedoch keinesfalls naturgesetzlich bereits immer existierte, sondern lediglich einen „Sonderfall“ in der Menschheitsgeschichte darstellt. Vielmehr erwecken der politische, mediale und wissenschaftliche Diskurs jedoch den Eindruck, dass der westfälische Idealtyp von Staatlichkeit global einen Endpunkt in der Entwicklung von Gesellschaften bildet. Da die Perspektiven der fünf nicht-westlichen Regierungen auf Staatlichkeit und die Bewertung selbiger möglicherweise unter anderen historischen und kulturellen Voraussetzungen entstehen, versprachen sie für die Forschung eine

spannende Alternative zu dem westlichen Mainstream. Das Fallbeispiel Afghanistan spiegelt zudem den Konflikt zwischen moderner Nationalstaatlichkeit und eigener Identität und Tradition wider.

Diese Schlüsselkategorie vereint die Wahrnehmungen der fünf untersuchten Regierungen von einer potentiellen Fragilität sowie der politischen Ordnung Afghanistans. Dabei offenbaren sich einerseits das jeweilige Verständnis von Staatlichkeit, andererseits die Bewertung der aktuellen Situation in Afghanistan sowie mögliche Verbesserungsansätze. Anders als zunächst vermutet orientierten sich die Wahrnehmungen aller fünf Regierungen an einem ursprünglich westlichen Leitbild von Staatlichkeit. Trotz der besonderen Voraussetzungen der afghanischen Gesellschaft, trotz der Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, ließen sich keine alternativen Vorschläge für die politische Strukturiertheit Afghanistans identifizieren. Die Wahrnehmungen Irans, Pakistans, Indiens, Chinas und Russlands sind in einem westfälischen Idealtyp von Staatlichkeit begründet, der international institutionalisiert scheint. Die Bewertung Afghanistans erfolgt dementsprechend anhand von bekannten Kriterien westfälischer Staatlichkeit. Als fragil gilt ein Nationalstaat dann, wenn er diese Kriterien nicht oder mangelhaft erfüllt. Die Theorie des westlichen Leitbildes von Staatlichkeit wird von insgesamt fünf Kategorien gestützt, welche anschließend vorgestellt werden.

In Kategorie K_101 (*„Westfälische Staatlichkeit als Lösungsmechanismus für Probleme des menschlichen Zusammenlebens ist international institutionalisiert und wird von den untersuchten Nationalstaaten auch für Afghanistan nicht in Frage gestellt“*) wird vor allem der Maßstab, welchen die untersuchten Regierungen an Staatlichkeit stellen, behandelt. Dabei ließ sich ein gemeinsames Staatsverständnis rekonstruieren, welches dem westfälischen Modell entspricht. Dieses wird von den Regierungen auf Afghanistan übertragen, ohne die spezielle Struktur des Zusammenlebens der afghanischen Gesellschaft zu berücksichtigen. Auf dem heutigen Territorium Afghanistans lebten schon vor und während dem Entstehen der Nationalstaatlichkeit in Europa Menschen in loser Ordnung ohne zentrale, übergeordnete Ordnungsmacht. Seit im frühen 20. Jahrhundert der moderne Nationalstaat im Rahmen der weltweiten Expansion des westfälischen Modells und durch Betreiben des europäisch inspirierten afghanischen Emir Amanullah auch Afghanistan erreichte, konnte es von keiner Regierung in Kabul gewährleistet werden, die gesamte Bevölkerung des schwer kontrollierbaren Territoriums

erfolgreich in ein zentral gesteuertes politisches System zu integrieren. Unabhängig von den wechselnden Regierungen lebten die Afghanen in der Peripherie weiterhin relativ autonom und unbestimmt von Kabul in den bekannten traditionellen Strukturen. Bestrebungen afghanischer Herrscher, diese Verhältnisse zu reformieren und Afghanistan aus ihrer Sicht zu modernisieren, schlugen fehl. Afghanistan galt und gilt bis zuletzt als Ort der Vormoderne und Tradition, welcher sich erfolgreich dem globalen Einfluss westlicher Lebensformen verweigern konnte. Die Organisation menschlichen Zusammenlebens gestaltete sich außerhalb der urbanen Zentren wie Kabul, Herat oder Kandahar meist entlang tribaler Strukturen und traditioneller Überlieferungen auf lokaler Ebene. Die Identifikationsrolle des Nationalstaates wurde in Afghanistan also durch die Dorfgemeinschaft ersetzt. Damit stellt die afghanische Gesellschaft einen deutlichen Kontrast zu den in der Deutungshierarchie dominanten, westlichen Nationalstaaten und deren vermittelten Normen über die idealtypische Ausgestaltung heutiger Gesellschaftsordnungen dar. Diese Normen umfassen ein westfälisches Nationalstaatssystem, eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, den technologischen Fortschritt und, zumindest im Westen, eine demokratische Regierungsform.

Durch die Intervention der USA in Afghanistan als Reaktion auf die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon prallten ab 2001 durch die Anwesenheit militärischer wie ziviler westlicher Intervenierender der modernistische Prototyp und das traditionelle Afghanistan in der Alltagswelt aufeinander. Das neue politische System Afghanistans sollte sich dementsprechend an den beschriebenen Normen orientieren, gleichermaßen jedoch auch die Traditionen Afghanistans berücksichtigen. Von den westlichen Akteuren wurde fragile Staatlichkeit in Afghanistan also als ein Problem ausgemacht, welches Sicherheit, Wohlstand und Fortschritt der afghanischen Gesellschaft gefährdet. Die Strategien der ISAF-Mitglieder unter Führung der USA umfassten also eine Inklusion der gesamten afghanischen Bevölkerung in das neue, politische System, was dementsprechend Widerstand hervorgerufen hat: In radikaler Form durch die Taliban, welche den Nationalstaat durch Terroranschläge auf repräsentative Ziele bekämpfen, aber auch in Teilen der moderaten Bevölkerung, welche eine Implementation westlicher Werte, einen aus ihrer Perspektive zu starken Einfluss

der Zentralregierung auf den Alltag sowie eine Bedrohung der traditionellen Lebensformen fürchten.

Die Forschung umfasst mit Iran, Pakistan, Indien, China und Russland ein Set an Akteuren, welches zwar den Faktor „Nicht-westlicher Nationalstaat“ gemein hat, ansonsten jedoch in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Religion oder Kultur durchaus große Disparitäten aufweist. Während der westfälische Nationalstaat in Europa und Nordamerika nach mehreren Jahrhunderten Historie den Regierungen ebenso wie den Bevölkerungen beinahe als natürliche oder „gottgegebene“ Ordnung des menschlichen Zusammenlebens erscheint, umfasste das Forschungsinteresse, wie das westfälische Staatensystem, insbesondere für eine Gesellschaft mit den Voraussetzungen Afghanistans, von den fünf nicht-westlichen Regierungen wahrgenommen wird, schließlich bildet die Anerkennung des westfälischen Modells die Grundlage, um fragile Staatlichkeit identifizieren zu können. Nach der Sequenzanalyse lässt sich konstatieren, dass sich die Wahrnehmungen aller fünf Regierungen zu westfälischer Staatlichkeit stark an der westlichen Perspektive orientieren und dieses Modell heute, auch außerhalb von Europa und Nordamerika, zumindest von den fünf untersuchten Regierungen nicht hinterfragt wird. Die Sinnhaftigkeit eines starken Nationalstaates in Afghanistan, welcher als Rahmen und Bezugspunkt für die gesamte afghanische Bevölkerung dient, wird nicht bezweifelt. Unabhängig von bzw. übergeordnet der bevorzugten Regierungsform oder den individuellen politischen Werten und Normen der fünf Regierungen wird der westfälische Nationalstaat in den Wahrnehmungen auch nicht-westlicher Regierungen als einzig relevantes Konzept zur Ordnung von Gesellschaften gesetzt. Dies unterstützt die These, das westfälische Staatensystem sei heutzutage, auch außerhalb seines Ursprungs Europa, in den Köpfen der Regierenden institutionalisiert.

Eine Kritik von van Overbeek an den wissenschaftlichen Konzepten zu fragiler Staatlichkeit lautet, dass diese Konzepte die effektive Ordnung menschlichen Zusammenlebens unterhalb der nationalstaatlichen Ebene, also wie in Afghanistan im lokalen Rahmen der Dorfgemeinschaft seit Jahrhunderten praktiziert, in ihrer Bewertung über den Erfolg von Gesellschaften und Staatlichkeit nicht berücksichtigen. Eine Möglichkeit der Gestaltung politischer Ordnung könnte dieser Perspektive folgend also auch in einer eher schwachen Zentralstaatlichkeit bestehen, welche den peripheren nicht-staatlichen Akteuren mehr Autonomie in

der Organisation des Zusammenlebens nach ihren Vorstellungen gewährt. Dies könnte eine Entspannung der Sicherheitslage und eine Stärkung der Legitimation des zentralen politischen Systems durch die lokalen Akteure zur Folge haben. Die Sequenzanalyse verdeutlicht jedoch eindrucksvoll, dass alternative Konzepte zu dem westfälischen Nationalstaat und starker Staatlichkeit auf zentraler Ebene in den Wahrnehmungen der iranischen, pakistanischen, indischen, chinesischen und russischen Regierung keine Rolle spielen.

Für ausnahmslos alle Regierungen lässt sich in der Sequenzanalyse feststellen, dass die neue afghanische Regierung um Präsident Ashraf Ghani durchweg positiv aufgenommen und als zentraler Akteur der weiteren afghanischen Entwicklung identifiziert wird. Nachdem im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen am 5. April 2014 zunächst kein Wahlsieger ermittelt werden konnte, die Stimmen neu ausgezählt wurden und erst mit Hilfe des diplomatischen Geschicks des US-Außenministers John Kerry die aktuelle Regierung der nationalen Einheit zu Stande kam, äußerten die untersuchten Regierungen ein allgemeines Wohlwollen an dem Deal.

Lediglich die russische Regierung kritisierte die Art und Weise des Zustandekommens der neuen Regierung, ohne jedoch deren Legitimation oder die Dominanz eines zentralen Nationalstaates an sich abzulehnen. Grundsätzlich stellen die untersuchten Akteure eine Verbindung zwischen einem starken Zentralstaat und konsolidierter, westfälischer Staatlichkeit und den positiv konnotierten Begriffen Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Entwicklung her. Der Idealtyp des westfälischen Nationalstaats sowie die zentralstaatliche Regierung als dessen relevantester Akteur konnten in den jeweiligen Afghanistanstrategien der fünf Regierungen als gemeinsame Basis identifiziert werden. Diese Wahrnehmungen resultieren sicherlich aus der globalen Institutionalisierung¹ des westfälischen Modells, welches dementsprechend von den wahrnehmenden Regierungen nicht länger kritisch hinterfragt wird. Zudem handelt es sich bei den untersuchten Akteuren allesamt selbst um Regierungen und damit, unabhängig von der Regierungsform oder dem jeweiligen politischen System, um Repräsentanten eines westfälischen Nationalstaates, der ihre Legitimationsgrundlage bildet. Die außenpolitische Verteidigung des westfälischen

¹ Verwendung des Begriffs im Sinne der Definition von Berger und Luckmann

Modells auch in Afghanistan gegenüber alternativen Konzepten und privaten Akteuren dient also zudem dazu, etwaige Forderungen aus der iranischen, pakistanischen, indischen, chinesischen und russischen Gesellschaft für mehr Einfluss bei politischen Entscheidungen, mehr Autonomie von dem Zentralstaat oder gar die Etablierung einer alternativen Gesellschaftsordnung zu verhindern und die eigene Legitimationsgrundlage zu schützen. Es ist daher rational verständlich, dass auch in den Wahrnehmungen der untersuchten nicht-westlichen Regierungen das Modell westfälischer Staatlichkeit eine Konstante darstellt, welches sowohl institutionalisiert ist, als auch außenpolitisch aus Selbsterhaltungszwecken in Afghanistan protegiert wird. Die Unterstützung des aktuellen, seit der US-Intervention existenten politischen Systems sowie der Wunsch nach gewaltloser Inklusion aller systemablehnender Akteure wie der Taliban in Afghanistan konnten somit konkret als sich überschneidende Konstanten in den Wahrnehmungen ausfindig gemacht werden.

Die Kategorie K_101b („*Das westfälische Staatensystem bildet die Legitimations- und Existenzgrundlage der untersuchten Regierungen, weshalb sie es international gegenüber alternativen Formen politischer Organisation verteidigen*“) stellt eine Subkategorie zu K_101 dar und soll den angesprochenen Aspekt von K_101 weiterführen und vertiefen. K_101 verdeutlicht, dass auch die fünf nicht-westlichen Regierungen das Modell westfälischer Nationalstaatlichkeit bereits institutionalisiert haben. Selbst für eine Gesellschaft mit den Voraussetzungen Afghanistans, welche sich durch eine traditionelle, tribale Struktur auszeichnet, wird die Organisation in einem starken Nationalstaat mit souveräner Zentralregierung als natürlich und alternativlos wahrgenommen. Dabei lässt sich zusätzlich konstatieren, dass insbesondere Regierungen, deren Autorität und Legitimation innenpolitisch durch nicht-staatliche Akteure gefährdet ist, ein rationales Interesse daran haben, das Modell des westfälischen Nationalstaates mit den Komponenten Souveränität und territoriale Integrität der eigenen Machterhaltung wegen (außenpolitisch) zu verteidigen. Insbesondere in Pakistan (durch die Taliban) und in China (unter anderem durch Taiwan, Hong Kong oder die Xinjiang-Provinz) konkurrieren gesellschaftliche oder regionale Akteure mit dem Zentralstaat um Kompetenzen, Souveränität oder Autonomie und stellen somit auch die Legitimation des Nationalstaates in Frage. Während die aufgeführten Beispiele im Falle Chinas aufgrund der individuellen Besonderheiten

und Rahmenbedingungen bis auf die uigurischen Muslime eher wenig Bezug zu Afghanistan haben, ist insbesondere die Wahrnehmung der pakistanischen Regierung durch die Kategorie schlüssig zu erklären.

Die Taliban, die das geographisch nur schwer zugängliche Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan als Rückzugsort nutzen, sind heute eine Bedrohung für die pakistanische ebenso wie für die afghanische Regierung, lehnen sie doch radikal das politische System und die Legitimität der Regierungen ab. Da der westfälische Nationalstaat die Grundlage der Existenz der pakistanischen Regierung bildet und deren Legitimation auf eben diesem Konzept politischer Ordnung beruht, lässt sich nachvollziehen, weshalb sie dieses auch in Afghanistan zu schützen versucht. Die wahrgenommenen Bedrohungen durch gesellschaftliche Akteure wie die Taliban, welche die Souveränität und das Gewaltmonopol des Staates unterminieren, lassen eine Akzeptanz von Kompetenzverlagerungen auf die lokale Ebene unrealistisch erscheinen. Vielmehr würde die Anerkennung privater Akteure in Afghanistan als legitime Regierungsalternative die eigene Existenzgrundlage der pakistanischen Regierung untergraben und deren innenpolitische Position und Autorität gegenüber den Taliban schwächen. Ebenso sieht die chinesische Regierung ihre Souveränität durch die terrorbereiten muslimischen Uiguren in der Xinjiang Provinz an der Grenze zu Afghanistan bedroht. Die Durchsetzung eines starken westfälischen Nationalstaates in Afghanistan kann auch hier als Reaktion auf die beschriebenen innerchinesischen Auseinandersetzungen und von der chinesischen Regierung wahrgenommenen Bedrohungen gedeutet werden. Die Belege für die Subkategorie K_101b stammen lediglich von der pakistanischen und chinesischen Regierung, was auch sinnvoll erläutert werden konnte.

Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass diese Wahrnehmungen nicht auch für die anderen untersuchten Regierungen gelten können und lediglich in dem Untersuchungszeitraum nicht kommuniziert wurden.

Die Kategorien K_101 sowie K_101b verdeutlichen also, dass alle fünf untersuchten nicht-westlichen Regierungen das Modell des westfälischen Nationalstaates als alternativloses System politischer Ordnung sehen und dies bereits insoweit institutionalisiert ist, dass es selbst für eine Gesellschaft wie Afghanistan nicht kritisch hinterfragt wird. Die Kategorie K_103 (*„Eine starke Staatlichkeit wird von den untersuchten Regierungen als beste Lösung für die*

aktuellen Probleme Afghanistans wahrgenommen und dient den eigenen Interessen“) demonstriert darüber hinaus zweierlei: Einerseits wird Afghanistan von allen fünf Regierungen als fragiler Staat wahrgenommen, andererseits sind die Defizite in den Bereichen Sicherheit, Stabilität und Wohlstand vor allem durch eine stärkere Staatlichkeit zu beheben.

In dem Forschungsstand zu fragiler Staatlichkeit wurden sowohl die Theorien, als auch die Kritiken zu dem wissenschaftlichen Phänomen präsentiert. Hauck kritisierte beispielsweise, dass sich lediglich durch die Stärkung oder Konsolidierung von Staatlichkeit die wirklichen Probleme sogenannter fragiler Staaten nicht lösen lassen, können sie doch nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auch auf globaler oder lokaler Ebene verortet sein. Aufgrund der Dominanz westlicher Literatur im Diskurs zu fragiler Staatlichkeit war es ein Anliegen dieser Arbeit, durch die Rekonstruktion der Wahrnehmungen der iranischen, pakistanischen, indischen, chinesischen und russischen Regierungen nicht-westliche Perspektiven zu diesem Thema zu erforschen. In der Sequenzanalyse ließ sich feststellen, dass eine Förderung starker Staatlichkeit in Afghanistan der bevorzugte Lösungsansatz der untersuchten Regierungen für die Probleme des Landes darstellt. Weder die Voraussetzungen der afghanischen Gesellschaft, noch die Historie und Tradition afghanischer Staatlichkeit oder die Rolle der sowjetischen und US-amerikanischen Interventionen haben auf die kommunizierten Wahrnehmungen der Regierungen einen Einfluss.

Tatsächlich beschränken sich die Wahrnehmungen auf den Wunsch nach starker Staatlichkeit, aus der Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Afghanistan folgen sollen. Zusätzlich würde ein starker Zentralstaat jedoch auch die Durchsetzung eigener wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen vereinfachen. Gemein haben die Wahrnehmungen der Regierungen zunächst, dass sie die Staatlichkeit Afghanistans als fragil identifizieren. Insbesondere der Terrorismus der Taliban und der Drogenschmuggel mit afghanischem Opium werden als Kennzeichen einer mangelhaften Sicherheitsfunktion gewertet. Mit dem Zustandekommen der Regierung der nationalen Einheit wurde die Hoffnung auf eine Stabilisierung Afghanistans im sicherheitspolitischen Bereich verbunden. Dabei entstehen die Wahrnehmungen also auch mit Hinblick auf die eigenen, sicherheitspolitischen Interessen der wahrnehmenden Regierungen. So besteht einerseits ein enger Zusammenhang zwischen einer starken Zentralstaatlichkeit

und der positiven Bewertung einer politischen Ordnung, andererseits wird von einer starken Staatlichkeit in Afghanistan auch eine vereinfachte Durchsetzung eigener Interessen der wahrnehmenden Staaten erwartet.

Die Aussagekraft von K_103 besteht vor allem darin, eine Homogenität zwischen den westlichen Forschungsstandsperspektiven zu fragiler Staatlichkeit und den Wahrnehmungen der untersuchten nicht-westlichen Regierungen aufzuzeigen. Allgemein liegt den Wahrnehmungen der fünf Regierungen von Staatlichkeit ein globales, westfälisches Nationalstaatsverständnis zu Grunde, welches durch die alternativen ordnungsstrukturellen Begebenheiten in Afghanistan keineswegs irritiert wurde. Vielmehr wird als Lösungsansatz der beobachteten Fragilität Afghanistans kollektiv eine Stärkung der Zentralstaatlichkeit angeraten, um diesem idealtypischen Modell möglichst näher zu kommen und damit der internationalen Norm von politischer Ordnung zu entsprechen. Relevant ist diese Kategorie also auch deshalb, da die häufig in Medien und Wissenschaft proklamierte „Verwestlichung“ der Welt anscheinend nicht nur von den im Rahmen dieser Theorie kritisierten westlichen Akteuren, sondern wie in diesem Falle auch von verschiedenen nicht-westlichen Regierungen vorangetrieben wird. Dabei spielt es offenbar keine Rolle, welches Verhältnis die jeweilige Regierung zu den USA oder Europa hat. Etwaige Differenzen und Konfliktlinien kommen scheinbar erst oberhalb der Basisebene, also des westlichen Leitbildes von Staatlichkeit, zum Tragen.

Diese Annahme wird zusätzlich durch Kategorie K_104 (*„Die Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen orientieren sich an einem westlichen Leitbild von Staatlichkeit“*) unterstützt, welche die bisherigen Erkenntnisse noch einmal aufgreift und verallgemeinert. Fragile Staatlichkeit ist ein Phänomen, welches nahezu ausschließlich die Nationalstaaten der nicht-westlichen Welt betrifft. Gleichermäßen weist jedoch der wissenschaftliche, mediale und politische Diskurs eine westliche Dominanz auf. Dementsprechend sollte es besonders spannend sein, die Wahrnehmungen fünfer nicht-westlicher Regierungen zu untersuchen, um so eine alternative Perspektive auf den Forschungsgegenstand zu gewinnen und die Phalanx des Westens ein Stück weit zu durchbrechen. Insbesondere dem Iran und Russland, aber auch China wird eine eher anti-westliche Haltung nachgesagt, sind diese doch auch daran interessiert, unabhängig von den USA und Europa eine eigene Identität sowie einen eigenen Einflussbereich zu bewahren.

Auch die Kritiken der indischen IPCS Forschungsgruppe ließen im Vorfeld der Forschung vermuten, dass sich durch die Forschung möglicherweise eine kritische Haltung zu den Konzepten fragiler Staatlichkeit oder der westlichen Haltung gegenüber konfliktgeplagten Staaten wie Afghanistan herauskristallisieren ließe. Die beschriebenen Vorannahmen wurden, wie bereits die bisherigen Kategorien andeuteten, jedoch im Verlaufe der Sequenzanalyse durchaus überraschend erschüttert.

Allen voran Indien orientiert sich in seiner Wahrnehmung deutlich an einem westlichen Weltbild und den USA als Identifikations- und Führungsmacht. Dies beinhaltet die ausnahmslos positive Bewertung der medial doch stark kritisierten US-Strategien während der Intervention in Afghanistan von 2001 bis 2014 oder die mehrfache Betonung der eigenen erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Partner USA in Afghanistan. Die indische Wahrnehmung adaptiert also nahezu vollkommen die US-amerikanische Haltung gegenüber Afghanistan und orientiert sich dabei nicht nur an einem westlichen Leitbild von Staatlichkeit, sondern darüber hinaus auch an den Strategien und Einstellungen des Westens. Eine Annäherung an den westlichen Standard von Wohlstand und Technologie (identifiziert beispielsweise durch ein hohes Verkehrsaufkommen oder die steigende Anzahl an Handynutzern in Afghanistan), also eine Modernisierung der afghanischen Gesellschaft nach westlichem Vorbild, wertet die indische Regierung als „Entwicklung“ und Erfolge. Diese Wahrnehmung verdeutlicht, dass die traditionelle Ordnungsstruktur der afghanischen Gesellschaft und deren praktizierte Lebensformen keine Möglichkeit haben, in der indischen Wahrnehmung als legitime Alternative zu dem westlichen Leitbild der kapitalistischen Moderne zu existieren.

Diese Beobachtungen lassen sich für die anderen vier Regierungen jedoch nur in abgeschwächter Form bestätigen. Gleichmaßen scheinen jedoch die Institutionalisierung des westfälischen Idealtyps von Staatlichkeit und die Wahrnehmung Afghanistans als fragilen Staat für alle fünf Regierungen zutreffend. Selbst die Regierungen Irans, Russlands und Chinas, denen im Vorfeld eher „anti-westliche“ Tendenzen zugerechnet wurden, orientieren sich an dem beschriebenen westlichen Leitbild von Staatlichkeit, um dieses auf Afghanistan anzuwenden. Die Wahrnehmungen der russischen Regierung bilden insofern eine Ausnahme, da ihre Haltung stark von einer politischen Abgrenzung zu den USA

geprägt und im Rahmen globaler Machtstrukturen und ideologischer Grundüberzeugungen zu verorten sind. Aufgrund der Tatsache, dass die russische Regierung die USA als „Puppenspieler“ hinter dem afghanischen politischen System wahrnimmt, gestaltet sich die Bewertung der Strategien entsprechend negativer.

Anders als im Vorfeld der Forschung angenommen, ließen sich also keine grundlegenden Disparitäten zwischen den Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen und dem dominanten westlichen Maßstab an Staatlichkeit beobachten. Daraus kann gefolgert werden, dass die Bewertung über den Erfolg von Nationalstaaten international (und nicht nur innerhalb des globalen Westens) anhand verfestigter, institutionalisierter Kriterien geschieht, welche die regionalen Besonderheiten in Einzelfällen wenig berücksichtigen. Dabei lässt sich zusätzlich feststellen, dass auch das dem Westen zugeschriebene Überlegenheitsgefühl, welches in der Selbstwahrnehmung des eigenen Wohlstandes und Friedens gegenüber des als chaotisch wahrgenommenen Restes der Welt gründet und dabei beispielsweise die Ursachen dieser internationalen Ungleichheitsverhältnisse außer Acht lässt, auf die fünf untersuchten Regierungen übertragen werden kann. Dies bedeutet, dass ein solches Überlegenheitsgefühl nicht auf der Zugehörigkeit zu einem „entwickelten“ globalen Westen gründet, sondern auf dem eigens wahrgenommenen politischen, wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklungsvorsprung gegenüber weniger wohlhabenden und unsicheren Nationalstaaten wie Afghanistan. Hier konnten wiederum insbesondere Indien und China, beides Schwellenländer mit riesiger Wirtschaftskraft und internationalem Einfluss, am deutlichsten zugeordnet werden. Infolgedessen erfolgt die Bewertung der Staatlichkeit Afghanistans anhand der Erfüllung externer Erwartungen. Die afghanische Regierung bewegt sich also innerhalb eines, vormals von den USA, und nun vermehrt von den um Einfluss konkurrierenden regionalen Regierungen vorgegebenen Rahmen an Normen, Werten und Strategien, die das Handeln Afghanistans im Sinne der „entwickelten“ Nationalstaaten anleiten.

Zusammenfassend lässt sich also folgendes festhalten: Das westliche Leitbild von Staatlichkeit bildet einen vereinenden Filter für die Wahrnehmung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan. Aufgrund der globalen Institutionalisierung dieses Leitbildes konnten zwischen den fünf untersuchten Regierungen Gemeinsamkeiten bei dem jeweiligen Staatsverständnis sowie der Beschreibung

der Probleme Afghanistans identifiziert werden. Da Afghanistan diesem Leitbild aus diversen Gründen aktuell nicht entspricht, wird es von den Regierungen folglich als fragiler Staat wahrgenommen. Diese Wahrnehmung ist zugleich Voraussetzung für die folgenden Schlüsselkategorien. Die kommunizierten Ansätze zur Verbesserung der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation Afghanistans beinhalteten dabei ausnahmslos eine Stärkung der Staatlichkeit. Gleichzeitig versprechen sich die Regierungen von einer starken Zentralstaatlichkeit und einem konsolidierten westfälischen Nationalstaat in Afghanistan eine vereinfachte Durchsetzung eigener Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen.

Einen kurzen Exkurs, welcher die Fragestellung dieser Forschungsarbeit nicht direkt tangiert, jedoch trotzdem mit dieser Schlüsselkategorie in Verbindung gesetzt werden kann, stellt Kategorie K_109 („*Die Bewertungen der US-Intervention gestalten sich mit Ausnahme der russischen Wahrnehmung unerwartet positiv*“) dar. Von 2001 bis 2014 waren die USA sowie weitere Truppen von NATO-Mitgliedsstaaten als Reaktion auf die Terroranschläge von 9/11 in Afghanistan stationiert. Schon bis Ende 2001 konnten die Taliban aus Kabul bis in die Grenzregion zu Pakistan verdrängt werden. Während des anschließenden „state-building“ Prozesses war es die Intention der internationalen Akteure unter Führung der USA, dauerhafte Sicherheit zu gewährleisten, ein stabiles und demokratisches System zu schaffen, die Bürgerkriegsparteien zu befrieden, das Land infrastrukturell wieder aufzubauen, die traditionelle Bevölkerung in der Peripherie für das moderne System zu gewinnen und ihnen zudem eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Die Intervention lief Ende 2014 offiziell aus. Die internationalen militärischen wie zivilen Kräfte haben, der öffentlichen Meinung in Deutschland folgend, ein weiterhin instabiles System hinterlassen. So existieren die Taliban weiterhin als gewalttätige Opposition, die politischen Institutionen erscheinen fragil und die ländliche Bevölkerung ist von dem Opiumanbau abhängig. Auch international werden solche kritischen Bewertungen der Intervention von Medien und Wissenschaft geteilt. Durch die Rekonstruktion der Wahrnehmungen fünfer regionaler Regierungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan konnten zusätzlich einige Bewertungen der internationalen Intervention rekonstruiert werden.

Insbesondere die Wahrnehmung der russischen Regierung deckt sich dabei weitgehend mit der bereits beschriebenen Berichterstattung und den kritischen Bewertungen vieler Gesellschaften. Die aktuelle Fragilität des afghanischen Nationalstaates wird von der russischen Regierung vor allem auf das Scheitern der US-Intervention zurückgeführt. Insbesondere die mangelhafte Anti-Drogenstrategie sowie die ausgebliebene Einbeziehung regionaler Organisationen wird von der russischen Regierung kritisiert. Dabei lässt sich die russische Wahrnehmung jedoch vor allem aufgrund des ideologischen Konfliktes mit den USA verstehen. Das schlechte Verhältnis zu den USA und die Selbstwahrnehmung Russlands als Konkurrent um eine Hegemonialstellung in der Region und der Welt wird in Schlüsselkategorie B genauer ausgeführt werden. Die Wahrnehmungen der Intervention durch die anderen Regierungen fällt jedoch überraschenderweise konträr aus. Sowohl von der pakistanischen, als auch von der indischen Regierung werden die vielfältigen Verbesserungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit und die positive Entwicklung Afghanistans durch die Anwesenheit der USA hervorgehoben. Die Stabilität, welche durch das Engagement der US-Amerikaner erreicht wurde, müsse nun lediglich durch die Unterstützung der regionalen Nationalstaaten konserviert werden. Leider ließ das untersuchte Material keine Rückschlüsse über die Wahrnehmungen der iranischen und chinesischen Regierung von der US-Intervention zu. Dies bedeutet allerdings, dass auch von Iran und China die Intervention nicht als Grund für die wahrgenommene Fragilität Afghanistans kommuniziert wurde. Insbesondere angesichts der kritischen Bewertung der US-Intervention im medialen und auch wissenschaftlichen Diskurs konnten durch die Rekonstruktion der Wahrnehmungen der ausgewählten Regierungen im Rahmen dieses Exkurses die Vorannahmen im Vorfeld der Forschung „erschüttert“ werden.

B. Nationale und internationale Machtstrukturen und Konfliktlinien als Wahrnehmungsfilter

Während des Forschungsprozesses konnte zunächst, wie bereits beschrieben, ein westliches Leitbild von Staatlichkeit, an welchem sich alle untersuchten Regierungen orientieren, als Filter der Wahrnehmungen diagnostiziert werden. Dessen Institutionalisierung im globalen Rahmen trägt dabei zu einer verhältnismäßig homogenen Wahrnehmung der verschiedenen Akteure von fragiler Staatlichkeit bei. Die Subjektivität von Wahrnehmungen erscheint durch den gemeinsamen Wahrnehmungsfilter also vielmehr objektiviert. Erst oberhalb der Basisebene, nämlich der Frage nach dem Verständnis von politischer Ordnung, konnte die Subjektivität von Wahrnehmungen deutlicher rekonstruiert werden. Hier spielen insbesondere die außenpolitischen Vorannahmen und das Bewusstsein über die Struktur des internationalen Systems eine Rolle für die wahrnehmenden Regierungen. Die Kenntnis internationaler Konflikte sowie Bündnisverhältnisse hat einen Einfluss auf die Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan. Ebenso fließen besondere innenpolitische Situationen in die Wahrnehmungen ein, wenn die fragile Staatlichkeit Afghanistans dabei eine Relevanz für die jeweilige Regierung aufweist. Dies bedeutet also, dass die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan nicht nur vor dem Hintergrund der bilateralen Beziehungen oder der gemeinsamen Geschichte zwischen der perzipierenden Regierung und Afghanistan entstehen, sondern darüber hinaus in einen weltpolitischen Rahmen eingebettet sind.

Dies soll anschließend in Bezug auf Kategorie K_107 („*Die Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen entstehen innerhalb bekannter Muster der Weltpolitik und sind in das Vorwissen über zwischenstaatliche Konflikte und Bündnisverhältnisse der internationalen Beziehungen eingebettet*“) detaillierter ausgeführt werden. Wahrnehmung ist ein Prozess, welcher die subjektive Aufnahme und Verarbeitung von Reizen beinhaltet. Dabei beeinflussen etliche Faktoren, genannt Filter, wie ein Individuum oder Kollektiv einen Sachverhalt deutet. In den internationalen Beziehungen konstituiert sich die Wahrnehmung von Phänomenen durch die Regierungen dabei aufgrund von Vorannahmen über die Rahmenbedingungen des

internationalen Systems, innerhalb dessen sich die Akteure bewegen. Dabei sind sich die meist nationalstaatlichen Akteure subjektiv über die internationalen Machtstrukturen und Beziehungen bewusst. Die Subjektivität und damit auch die Differenzen von Wahrnehmungen (selbst in Bezug auf einen gleichen Sachverhalt) entstehen also erst durch diese Filter. Für den Forschungsgegenstand dieser Arbeit, die fragile Staatlichkeit Afghanistans, bedeutet dies also, dass die unterschiedlichen Wahrnehmungen der untersuchten fünf Regierungen aus dem jeweils individuellen Bewusstsein gegenüber Afghanistan selbst sowie gegenüber anderen in der eigenen Afghanistanpolitik relevant erachteten Akteuren resultieren. Jede Regierung verortet sich also selbst in einem System, in welchem Wahrnehmungen aufgrund von Vorannahmen über die Beschaffenheit der internationalen Machtstrukturen, sowie der Konflikt- und Bündnisverhältnisse entstehen. Die Positionierung der eigenen Wahrnehmung steht also immer unter dem Einfluss dieses konstituierenden Rahmengenüges. Dementsprechend wird auch fragile Staatlichkeit in Afghanistan von den fünf Regierungen im Detail unterschiedlich wahrgenommen.

Die Wahrnehmungen der iranischen Regierung bewegen sich so in einem beobachteten Spannungsfeld. Insbesondere eine schwache Staatlichkeit in Afghanistan konterkariert aufgrund des drohenden sunnitischen Extremismus der Taliban die sicherheitspolitischen Interessen des schiitischen Iran. Gleichermaßen steht eine starke Staatlichkeit in Afghanistan möglicherweise im Zusammenhang mit der Implementation westlicher Werte und einem hohen Einfluss der USA, zu welchen der Iran nicht zuletzt aufgrund des Atomprogramms eine konfliktbehaftete Beziehung führt. Die Wahrnehmungen der iranischen Regierung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan sind also von Vorkenntnissen über das internationale System geprägt. Diese Wahrnehmungen übertragen sich letztlich auf die iranischen Afghanistanstrategien. So scheint die iranische Regierung eine starke Staatlichkeit unter US-Einfluss eher zu dulden als eine radikal-sunnitische Nicht-Staatlichkeit der Taliban. Möglicherweise wird auch der Abzug der US-Truppen als Chance wahrgenommen, deren Einfluss in Afghanistan dauerhaft zu begrenzen und stattdessen selbst diese Lücke auszufüllen. Dies wäre bei einer „Machtergreifung“ der Taliban wesentlich weniger wahrscheinlich, zumal deren Handlungen unvorhersehbarer erscheinen, da sie sich an keine Spielregeln des internationalen Systems gebunden fühlen. Die Analyse der iranischen

Wahrnehmungen machte also deutlich, dass nicht nur ein international verankertes Leitbild von Staatlichkeit, sondern zusätzlich auch die individuellen Vorannahmen über die Strukturen des internationalen Systems und die existierenden Beziehungen seiner Akteure die Wahrnehmungen prägen.

Ebenso lassen sich die Wahrnehmungen der pakistanischen Regierung schlüssig durch K_107 erklären. Schon seit der Gründung des pakistanischen Nationalstaates im Jahre 1947 besteht ein territorialer Konflikt mit Indien über die Region Kashmir am Grenzgebiet zwischen Pakistan, Indien, China und Afghanistan. Die Beziehungen Pakistans zu Indien sind seitdem angespannt. Pakistan teilt zwei riesige Grenzabschnitte mit Afghanistan und Indien. Die geographische Lage am Arabischen Meer hat zur Folge, dass diese beiden Nachbarstaaten nahezu den gesamten Norden und Osten Pakistans einnehmen. Aufgrund der belasteten Beziehungen zu Indien ist es der pakistanischen Regierung aus geostrategischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen wichtig, mit Afghanistan eine freundschaftliche oder zumindest partnerschaftliche Beziehung zu führen. Die aktuelle Situation in Afghanistan durch den Abzug der internationalen Schutztruppen wird von Pakistan daher nicht nur als Chance, sondern auch als Gefahr wahrgenommen. Befürchtet wird, das zeigte die Sequenzanalyse, dass Indien seinen Einfluss in Afghanistan ausweitet und dabei die fragile Staatlichkeit des jungen afghanischen Nationalstaates für eigene Interessen missbraucht. Ein Afghanistan, welches unter dem Einfluss oder gar der Abhängigkeit Indiens steht, gilt es aus pakistanischer Perspektive unbedingt zu vermeiden. Dementsprechend lässt sich durchaus nachvollziehen, weshalb vor allem die pakistanische Regierung einen Grundsatz regionaler Nicht-Einmischung in Afghanistan für alle regionalen Nationalstaaten etablieren und somit insbesondere eine Sicherheit vor dem befürchteten indischen Machtzuwachs in Afghanistan garantieren möchte. Die Wahrnehmung Afghanistans als fragilen Staat hat also für die pakistanische Regierung einen direkten Bezug auf den Konflikt mit Indien, sodass auch hier das Bewusstsein über die Struktur des internationalen Systems und die bestehenden Konfliktlinien einen Einfluss auf die Wahrnehmung der entsprechenden Regierung hat.

Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien ließ sich daher auch in den Wahrnehmungen der indischen Regierung als Filter rekonstruieren. So identifiziert die indische Regierung den Terrorismus als Hauptursache für die

fragile Staatlichkeit Afghanistans. Andere potentielle Ursachen wie ethnische Disparitäten oder tribale Ordnungsstrukturen werden von der indischen Regierung dagegen als Faktoren für Fragilität ausgeschlossen. Sowohl ideologische als auch materielle Nahrung erhält der Terror aus indischem Blickwinkel zudem von externen, also nicht-afghanischen Akteuren. Hiermit sind wohl die pakistanischen Taliban gemeint, welche die indische Regierung folglich als Urheber des Terrorismus und damit einhergehend der fragilen Sicherheitslage in Afghanistan sieht. Die aktuelle Instabilität Afghanistans wird also maßgeblich aus der perzipierten mangelhaften Kontrolle der pakistanischen Regierung über die pakistanischen Taliban abgeleitet. Somit kann Afghanistan, insbesondere seit dem Eintreten in die Unabhängigkeitsphase, als alternativer Austragungsort oder diplomatischer Stellvertreterkrieg für den Konflikt zwischen Pakistan und Indien betrachtet werden. Die Wahrnehmungen beider Regierungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan sind dabei in hohem Maße von der konfliktbehafteten Beziehung zu dem jeweils anderen Akteur geprägt.

Die Wahrnehmungen der russischen Regierung sind hingegen hochgradig von der Antipathie zu den USA geprägt. Die fragile Staatlichkeit wird hier also hauptsächlich auf das Scheitern der US-Strategien während der dreizehnjährigen Intervention zurückgeführt. Nicht nur sieht die russische Regierung in der Anwesenheit der Amerikaner eine Bedrohung des eigenen Einflusses in der zentralasiatischen Region, auch die mangelhafte Anti-Drogenstrategie der USA und die Verfahren während der Präsidentschaftswahlen von 2014 prägen die Wahrnehmungen der russischen Regierung. Letztlich dient der Fall Afghanistan der russischen Regierung vor allem als Projektionsfläche für die existierenden Konfliktlinien mit den USA. Die negative Bewertung der Intervention, welche die russische Regierung mit vielen (auch westlichen) Medien und WissenschaftlerInnen teilt, bietet dem nach Macht und Einfluss strebenden Russland zudem die Chance, sich selbst als alternative Führungsmacht in der Region zu positionieren. Die Wahrnehmung und Bewertung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan durch die russische Regierung entsteht also in besonderem Maße durch das Bewusstsein über die konfliktbehaftete Beziehung zu den USA.

Auch die Wahrnehmungen der chinesischen Regierung entstehen sicherlich nicht unabhängig von der Kenntnis über internationale Konflikte, Bündnisse und

Machtverhältnisse. In Bezug auf den Forschungsgegenstand Afghanistan scheinen diese jedoch im Vergleich zu den anderen untersuchten Regierungen nicht dieselbe Priorität zu haben. Vielmehr ist die chinesische Wahrnehmung an innenpolitische oder bilaterale chinesisch-afghanische Problemlagen gebunden.

Die Kategorie K_107 konnte also aufzeigen, dass häufig weniger die Beziehungen zu Afghanistan im Vordergrund der Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen stehen, als das Vorwissen über die Beschaffenheit der internationalen Beziehungen, die Kenntnisse politischer, zwischenstaatlicher Konflikte und Bündnisse, sowie die eigenen Positionierung innerhalb dieses internationalen Systems. Dies verdeutlicht zudem, dass Phänomene wie die fragile Staatlichkeit Afghanistans von den Regierungen in bestehende außenpolitische Konzepte und Strategien eingeordnet werden und die Relevanz des Einzelfalles auf dem sicherheitspolitischen Wert für die Regierungen beruht.

Neben außenpolitischen hatten jedoch auch innenpolitische Konstellationen einen Einfluss auf die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit. Kategorie K_108 (*„Innenpolitische Konstellationen haben einen Einfluss auf die Wahrnehmung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan“*) zeigt jedoch, dass dies nur dann der Fall war, wenn die wahrnehmende Regierung einen Zusammenhang zwischen dem innenpolitischen Phänomen und fragiler Staatlichkeit in Afghanistan herstellte. Somit beeinflusst die Innenpolitik eines Nationalstaates dessen Außenpolitik. Das Wissen um innenpolitische Themen wird also mit Sachverhalten der internationalen Politik verknüpft. Dies gilt ebenso für die fragile Staatlichkeit Afghanistans, welche als außenpolitische Angelegenheit der fünf Regierungen Irans, Pakistans, Indiens, Chinas und Russlands mit deren Innenpolitik korrespondieren kann.

Für die Deutung der Wahrnehmungen der pakistanischen Regierung sind daher die paschtunischen Siedlungsgebiete im Norden Pakistans relevant. Die Paschtunen besiedeln das Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan in tribaler Ordnung und traditioneller Lebensform. Die heutige Grenze zwischen den beiden Nationalstaaten wurde 1847, noch von den kolonialen Briten, mitten durch diese Siedlungsgebiete gezogen und wird von den Paschtunen bis heute nicht anerkannt. Damit hängt also auch die territoriale Integrität des afghanischen wie des pakistanischen Nationalstaates von der staatlichen Kontrolle über das Grenzgebiet und der Integration der Paschtunen in das politische System ab. Die

wahrgenommene fragile Staatlichkeit Afghanistans ist also auch bei der pakistanischen Regierung von innenpolitischen Problemlagen geprägt und weist eine direkte Relevanz für die eigene Legitimation gegenüber den paschtunischen Stämmen auf.

Auch für die chinesische Regierung entsteht die Wahrnehmung Afghanistans nicht unabhängig von innenpolitischen Herausforderungen. Im Westen Chinas an der Grenze zu Afghanistan befindet sich die chinesische Provinz Xinjiang. Die dort lebende muslimische Minderheit der Uiguren fordert, teilweise in radikaler Form durch Terroranschläge und Gewaltanwendung, eine Unabhängigkeit von der Volksrepublik China. Eine Bedrohung stellt dies aus chinesischer Wahrnehmung vor allem auch aufgrund der geographischen Nähe zu Afghanistan und der religiösen wie ideologischen Verbindung zu den ebenfalls terrorbereiten Taliban dar. Fragile Staatlichkeit, oder in extremer Form ein Staatszerfall, in Afghanistan birgt die Gefahr eines Machtzuwachses der Taliban. Die chinesische Regierung fürchtet hier nicht nur Inspiration, sondern zudem Unterstützung der Uiguren in Xinjiang und ihrer Ziele durch afghanische Extremisten. Der innenpolitische Konflikt der chinesischen Regierung mit der muslimischen Minderheit in Xinjiang hat demzufolge also einen Einfluss auf die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan.

Die Prioritäten der russischen Regierung in ihrer Afghanistanpolitik sind dagegen nicht von einer innenpolitischen Gruppierung, sondern durch ein innenpolitisches Phänomen gekennzeichnet: Afghanisches Opium. Die hohe Anzahl an Heroinabhängigen stellt die russische Regierung vor Schwierigkeiten. Gleichzeitig hat sich die Produktion der Droge in Afghanistan während der Anwesenheit der US-Amerikaner und internationalen Unterstützer vervielfacht. Die russische Regierung hat daher die Drogenproduktion in Afghanistan sowie den Schmuggel über dessen Territorium hinaus als Bedrohung identifiziert. Die Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan sind daher mit der russischen, innenpolitischen Drogenproblematik in Verbindung zu setzen. Letztlich haben also auch diverse innenpolitische Besonderheiten eine Bedeutung bei der Wahrnehmung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan.

Während sich die Wahrnehmungen der fünf Regierungen bei dem westlichen Leitbild von Staatlichkeit weitgehend glichen, konnte an dieser Stelle die Subjektivität von Wahrnehmung deutlicher erkannt werden. Diese entsteht durch

die individuell relevanten nationalen wie internationalen Konflikte und die subjektiven Vorannahmen über die Machtstrukturen des internationalen Systems, die dabei nicht zwangsweise direkt mit Afghanistan zu tun haben mussten. Vielmehr lassen sich diese Kenntnisse indirekt auf fragile Staatlichkeit in Afghanistan übertragen, sodass von den Regierungen ein Zusammenhang hergestellt wird.

C. Der regionale Wettkampf um das Ausfüllen des perzipierten Machtvakuum in Afghanistan nach ISAF

Aus den Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen eröffnen sich Handlungsspielräume. Die Rekonstruktion bietet zudem einen Einblick in die Interessen und Strategien der Regierungen. Der Fall Afghanistan hat in der süd- und zentralasiatischen Region seit dem Ende der ISAF-Mission eine neue Relevanz erhalten. Den regionalen Regierungen wird dabei eine steigende Verantwortung zugeschrieben. Gleichzeitig verbinden diese die neuen Gestaltungsmöglichkeiten mit ihren individuellen Interessen. Die Kategorie K_105 (*„Durch das Ende der ISAF-Mission und des Engagements der USA entsteht ein regionaler Wettbewerb um Deutungshoheit und das Ausfüllen des perzipierten Machtvakuum in Afghanistan,“*) verdeutlicht dabei die Positionen der fünf verschiedenen Regierungen im Detail.

Im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September 2001 intervenierten die USA im Rahmen des „war on terror“ in Afghanistan. Mit der Unterstützung der ISAF war die Intention der US-Amerikaner in den folgenden Jahren nach dem Sturz der Taliban-Regierung, Afghanistan politisch, wirtschaftlich und sozial zu konsolidieren. Dies umfasste auch ein neues politisches System mit demokratischen Institutionen. Da es die US- und NATO-Truppen jedoch trotz der dreizehnjährigen Anwesenheit in Afghanistan nicht schafften, die ethnisch heterogene Bevölkerung erfolgreich in das politische System zu integrieren, die Sicherheitslage dauerhaft zu beruhigen oder die Produktion afghanischen Opiums effizient einzudämmen, wird die Intervention heute durchaus kritisch bewertet. Unabhängig davon nahmen die USA als Gestaltungsmacht und Beratungsinstanz in

Afghanistan eine Hegemoniestellung ein und waren an allen relevanten politischen Entscheidungen zumindest beratend beteiligt. Da die Amerikaner den „Ort der Macht“ in Afghanistan durch ihre Anwesenheit so allgegenwärtig besetzten, wurde der Einfluss der regionalen Nachbarstaaten Afghanistans im Vergleich zu den Bürgerkriegsjahren der 1990er eher begrenzt. Zwar beteiligten sich auch Iran, Pakistan und die anderen Nachbarstaaten am infrastrukturellen Wiederaufbau des Landes oder der Rückführung der Flüchtlinge, jedoch blieb ihnen wenig Möglichkeit, eigene außenpolitische Strategien anzuwenden. Nachdem zuvor schon die Souveränität an die afghanische Regierung übergeben wurde, verließen Ende Dezember 2014 auch die letzten NATO-Truppen das Land. Fortan werden die Vereinten Nationen sowie private NGOs zwar weiterhin im Rahmen diverser ziviler Beratungs- und Unterstützungsmissionen in Afghanistan bleiben, doch tritt Afghanistan 2015 unbestritten in eine neue, entscheidende Phase ein. Einerseits fallen die USA als verantwortlicher und dominanter Hegemon in Afghanistan weg, andererseits wird Afghanistan weiterhin nicht als stabiler und befriedeter Nationalstaat wahrgenommen.

Insbesondere für die regionalen Anrainerstaaten erhält Afghanistan nun noch höhere Priorität in der Außenpolitik. So werden durch die wahrgenommene Fragilität des afghanischen Staates die Gefahr eines Staatszerfalls oder ein Machtzuwachsen der radikalen Taliban befürchtet, was die sicherheitspolitischen Interessen der Nachbarn direkt tangiert. Zudem ist durch die neue Abwesenheit der USA in den Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen ein Machtvakuum in Afghanistan entstanden, welches die afghanische Regierung nicht ohne regionale Unterstützung auszufüllen vermag. Die Regierungen sind sich offenbar einig, dass Afghanistan trotz der erworbenen Unabhängigkeit und Souveränität noch nicht in der Lage ist, den zahlreichen Bedrohungen der Sicherheit ohne externes Engagement gegenüberzutreten. Dies bietet den untersuchten, regionalen Regierungen einerseits die Möglichkeit, nun auch selbst in Afghanistan gestalterisch tätig zu werden und eigene Strategien und Interessen besser durchzusetzen, birgt jedoch gleichzeitig für jede Regierung auch die Gefahr der Instrumentalisierung der afghanischen Regierung durch den hegemonialen Einfluss eines anderen Akteurs. Als Konsequenz plädieren beispielsweise China und vor allem Pakistan für einen regionalen Grundsatz der Nicht-Einmischung in Afghanistan („afghan-owned, afghan-led process“). Dieser garantiert einerseits der

afghanischen Regierung ihre Unabhängigkeit, dient andererseits aber auch den regionalen Regierungen als Handlungssicherheit und diplomatischer „Waffenstillstand“. Gleichzeitig betreiben die untersuchten Regierungen jedoch innerhalb dieses Rahmens weiterhin einen Wettbewerb um Einfluss und Deutungshoheit in Afghanistan. Dies ist nur möglich, da Afghanistan von den untersuchten Akteuren als fragil und machtlos wahrgenommen wird. Jeder der untersuchten Akteure hat dabei individuell unterschiedliche Interessen, die seine Afghanistanpolitik anleiten.

Die iranische Regierung fördert beispielsweise den Erhalt der persischen Kultur in Afghanistan und fühlt sich verpflichtet, die schiitischen Minderheiten in Afghanistan zu protegieren und deren politische Repräsentation zu gewährleisten. Pakistan vertritt dagegen am stärksten den Grundsatz regionaler Nicht-Einmischung. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit dem potentiellen Zuwachs an Einfluss Indiens zu betrachten. Ein von Indien abhängiges und manipuliertes Afghanistan gilt es aus pakistanischer Sicht aus geostrategischen Gesichtspunkten definitiv zu verhindern. Dabei spielt der Konflikt zwischen Indien und Pakistan sicherlich in den Wahrnehmungen beider Regierungen eine wichtige Rolle. Indien selbst ringt tatsächlich nach verstärktem Einfluss in Afghanistan. Dabei nimmt es sich als potentieller Nachfolger der USA im Sinne von Deutungshoheit und Orientierung wahr und möchte dessen Strategien fortführen. Russland kritisierte vor allem, dass die US-Amerikaner während der Intervention die (zentralasiatischen) regionalen Organisationen nicht in ihre Strategien eingebunden hatten. Auch vor dem Hintergrund der neu aufkommenden Ost-West-Debatte und dem konfliktbehafteten Verhältnis Russlands zur USA bietet sich der russischen Regierung nun die Chance, durch eine erfolgreiche Afghanistanpolitik den Amerikanern ihr Scheitern vorzuhalten und an Einfluss und Akzeptanz in der Region zu gewinnen. Letztlich verbindet also jede Regierung individuelle Interessen und Handlungsstrategien mit der neuen Situation in Afghanistan. Dies ist jedoch nur möglich, da Afghanistan von allen untersuchten Regierungen als fragiler Staat wahrgenommen wird. Um die Rolle des ideologischen Vorreiters und beratenden Mentors, welche vormals die USA ausfüllten, ist nun ein regionaler Wettstreit ausgebrochen. Durch eine erfolgreiche Besetzung des perzipierten Machtvakuumms in Afghanistan wird für die regionalen Regierungen dabei auch die

effektive Verfolgung eigener sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Interessen wahrscheinlicher.

Das verstärkte regionale Engagement äußert sich, wie die Sequenzanalyse zeigte, auch im ökonomischen Bereich. Die Verfolgung eigener Wirtschaftsinteressen sowie die Strategie, Afghanistan durch externe wirtschaftliche Investitionen zu stabilisieren, ließ sich insbesondere bei der indischen und chinesischen Regierung herauskristallisieren, wie Kategorie K_102 („*Die Wahrnehmungen der regionalen Großmächte Indien und China von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan sind stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt*“) zeigt. Der regionale Wettstreit um Einfluss in Afghanistan lässt sich also auch in dem wirtschaftlichen Bereich beobachten.

Die Basis von funktionierender, moderner Staatlichkeit bildet die Sicherheitsfunktion des Nationalstaates. Diese Aufgabe umfasst, den Theorien zu fragiler Staatlichkeit folgend, ein staatliches Gewaltmonopol und die Kontrolle über ein einheitliches Staatsterritorium. Als fragil wird ein Nationalstaat vor allem dann bewertet, wenn er dieser Funktion dauerhaft nicht nachkommen kann. Alle weiteren Staatsaufgaben bauen auf der Sicherheitsfunktion auf. Eine fragile Sicherheitslage verhindert unter anderem auch wirtschaftliche Investitionen, denn erst durch die Gewährleistung sicherer Handelswege oder den zuverlässigen Schutz wirtschaftlicher Großprojekte vor privater Gewaltanwendung können ökonomische Interessen risikoarm umgesetzt werden. Wirtschaftliche Interessen von Regierungen werden also durch fragile Staatlichkeit beeinträchtigt. Diese Forschung beschäftigt sich unter anderem mit den Wahrnehmungen zweier aufstrebender Schwellenländer wie Indien und China. Beide Regierungen legen großen Wert auf die Entwicklung der eigenen Wirtschaft und weisen auch in der Außenpolitik, so ließ sich im Vorfeld der Forschung vermuten, eine Dominanz wirtschaftlicher Interessen auf. Nach der Sequenzanalyse lässt sich bestätigen, dass die Wahrnehmungen beider Regierungen stark von ökonomischen Strategien abhängig sind. Die Entfaltung dieser Strategien auch auf Afghanistan wird durch die wahrgenommene fragile Staatlichkeit aus den beschriebenen Gründen erschwert. Die Konsequenz daraus besteht bei beiden Regierungen in einem verstärkten Engagement in Afghanistan zur Konsolidierung der Staatlichkeit und daraus folgend auch der Sicherheit. Durch den Ausbau der Infrastruktur oder finanzielle Unterstützung in Afghanistan erhoffen sich die indische und chinesische Regierung einen staatlichen wie wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere für

Indien, dessen Energiehunger weiter wächst, würde ein stabiles und sicheres Afghanistan aus eigener Perspektive einen zuverlässigen Zugang zu dem Ressourcenreichtum Zentralasiens darstellen. Als Transitland kommt Afghanistan jedoch nur dann in Frage, wenn etwaige Handelswege vor privaten Gewaltakteuren oder privater Bezollung durch eine zuverlässige, zentral gesteuerte afghanische Sicherheitspolitik mit Armee und Polizei geschützt werden können. Die chinesische Regierung nimmt Afghanistan vor allem als noch unerschlossenen, neuen Wirtschaftsmarkt wahr. Aufgrund der externen Interventionen, des Bürgerkrieges und der unsicheren Sicherheitslage spielte Afghanistan wirtschaftspolitisch in der Region seit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas ab den 1980er Jahren keine große Rolle.

Der aktuelle Transformationsprozess, also die Eigenständigkeit Afghanistans und die erhoffte Entwicklung zu einem stabilen und friedlichen Nationalstaat lässt nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch einen Wettbewerb um Einfluss in Afghanistan durch die regionalen Partner entstehen. So lassen sich auch die bereits erfolgten Investitionen der chinesischen Regierung in Afghanistan (Kupfermine Mes Aynak oder Amu Darya Basin) als Versuch verstehen, das wirtschaftliche Potential vor der Konkurrenz zu sichern. Die chinesische Regierung hat unlängst erfahren, wie positiv sich eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik auf den Wohlstand der eigenen Nation auswirken kann, sodass sie auch in ihrer Entwicklungszusammenarbeit der Wirtschaft höchste Priorität beimisst. Einen wirtschaftlichen Aufschwung bezeichnet sie beispielsweise als effizienteste Möglichkeit zur Vertreibung von Extremismus in Afghanistan. Dabei werden die Unterstützungsleistungen und Investitionen, die wohl auch den eigenen ökonomischen Interessen dienen, gegenüber Afghanistan als großzügige Entwicklungshilfe dargestellt. Der Bau wirtschaftlicher Großprojekte, die auch in den Sequenzen der Regierungen angedeutet wurden, dient jedoch in erster Linie der Durchsetzung eigener wirtschaftspolitischer Strategien und geschieht nicht etwa aus Selbstlosigkeit. So kann also aus den Sequenzen der indischen wie chinesischen Regierung ein durchaus egoistisches Bestreben abgeleitet werden, die Staatlichkeit Afghanistans zu konsolidieren, um dadurch die eigene (Außen-)Wirtschaftspolitik voranzutreiben.

Sicherlich haben auch die iranische und pakistanische Regierung als Nachbarstaaten von Afghanistan wirtschaftliche Interessen, jedoch waren diese

bei der Analyse keineswegs so dominant wie im Falle Indiens und Chinas. Die russische Regierung hat wohl entweder aufgrund der im Vergleich zu den anderen Staaten weiteren geographischen Entfernung oder aufgrund des eigenen Ressourcenreichtums weniger Interesse an engen Wirtschaftsbeziehungen mit Afghanistan kommuniziert.

Die Dominanz ökonomischer Interessen in den außenpolitischen Konzepten Indiens und Chinas zeigt sich also auch in deren Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan. Fragile Staatlichkeit wird als Hindernis bei der Verfolgung von Wirtschaftsinteressen wahrgenommen, das es durch ein stärkeres Engagement in Afghanistan zu überwinden gilt.

Zusammenfassend sollen nun die Forschungsergebnisse noch einmal gebündelt präsentiert, abstrahiert und auf das Forschungsinteresse bezogen werden. Die Ergebnisse konnten in drei Schlüsselkategorien gegliedert werden: Zunächst wurde für alle untersuchten fünf Regierungen ein westliches Leitbild von Staatlichkeit als Basis der Wahrnehmungen identifiziert, welches sich an dem Modell des westfälischen Nationalstaates und dessen Staatsfunktionen orientiert. Dessen Sinnhaftigkeit wurde auch für Afghanistan und dessen spezielle Voraussetzungen nicht hinterfragt. Das Leitbild scheint daher international institutionalisiert zu sein und sorgt zudem dafür, dass alle fünf Regierungen Afghanistan als fragilen Staat wahrnehmen. Darüber hinaus entstehen differierende Wahrnehmungen von dem Forschungsgegenstand vor allem vor dem Hintergrund bestehender Konflikte und Strukturen der internationalen Beziehungen. Die fragile Staatlichkeit Afghanistans diene den Akteuren also als Projektionsfläche von allgemeineren Befürchtungen, Hoffnungen und Strategien. Doch nicht nur das Vorwissen über die Beschaffenheit der internationalen Beziehungen, auch nationale Konstellationen und Konfliktlinien mit gesellschaftlichen oder regionalen Akteuren sowie innenpolitische Phänomene beeinflussen die Wahrnehmung von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan, sofern dieser von den wahrnehmenden Regierungen eine Bedeutung zugewiesen wird. Darüber hinaus konnten aus der Rekonstruktion der Wahrnehmungen auch Handlungsstrategien der Afghanistanpolitik der Regierungen für die Phase der Unabhängigkeit ab 2015 abgeleitet werden. Hier konnten zwei Phänomene, die wahrgenommene Fragilität Afghanistans sowie das Ende der ISAF-Mission und damit einhergehend auch das Ende der Hegemonialstellung der USA, als Ursache

für ein perzipiertes Machtvakuum in Afghanistan festgestellt werden. Dies hat einen regionalen Wettstreit um Einfluss und Deutungshoheit zur Folge, wobei sich die konkreten Intentionen der Akteure unterscheiden und an individuellen Wahrnehmungsfiltren orientieren.

Insgesamt lässt sich jedoch konstatieren, dass das Set an Ergebnissen, welches sich aus dem Material fünfer, nicht-westlicher Regierungen rekonstruieren ließ, überraschend homogen ausfällt. Zwischen den verschiedenen Wahrnehmungen der untersuchten Akteure konnten viele Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Die definitiv existierenden konkreten Unterschiede ließen sich zudem in ein allgemeineres Muster einbinden, sodass die Wahrnehmungen im Einzelnen zwar durchaus heterogen ausfallen, insgesamt jedoch auf den selben Wahrnehmungsfiltren beruhen. Der vermutete Kontrast zu der westlichen Perspektive auf Staatlichkeit konnte nicht bestätigt werden. So bestehen offenbar auf Regierungsebene global ein relativ homogenes Verständnis von Staatlichkeit und einheitliche Indikatoren für deren Bewertung.

Fazit

A. Rückbindung Forschungsstand

Ein weiteres formuliertes Anliegen dieser Arbeit war es, die Forschungsergebnisse mit dem zuvor zusammengetragenen Forschungsstand zu fragiler Staatlichkeit zu kontrastieren. Der Forschungsstand liefert eine Übersicht über den wissenschaftlichen Diskurs und berücksichtigt dabei sowohl die Theorien zu fragiler Staatlichkeit, als auch diverse Kritiken an diesem Konzept. Von Interesse soll nun vor allem sein, ob sich gewisse Elemente des Forschungsstandes in den Wahrnehmungen der untersuchten Regierungen erkennen lassen und ob diese Wahrnehmungen eher den Theorien oder den Kritiken an fragiler Staatlichkeit zuzuordnen sind. Die Kategorie K_106 (*„Die wissenschaftlichen Theorien zu fragiler Staatlichkeit und ‚spill-over‘-Effekten werden von den untersuchten Regierungen als*

reale Phänomene, welche ihre Sicherheit bedrohen, wahrgenommen“) der Forschungsergebnisse liefert dabei einige Hinweise, anhand derer sich der Forschungsstand kontrastieren lässt.

Der wissenschaftliche Diskurs zu fragiler Staatlichkeit umfasst ein weitgehend homogenes Set an Theorien, welche für Staatlichkeit einen globalen Maßstab setzen, der sich zumeist an einem westfälischen Idealtyp und westlichen Werten und Normen orientiert. Anhand dieses Maßstabes werden daraufhin Indikatoren für Fragilität ausgewählt, um Staatlichkeit möglichst objektiv bewerten zu können und international vergleichbar zu machen. Die Prominenz solcher Theorien hat jüngst dazu geführt, dass sich auch zunehmend WissenschaftlerInnen kritisch mit den wissenschaftlichen Konzepten auseinandersetzen und den Begriff als Ganzes oder Teilaspekte der Theorien in Frage stellen. Unter anderem die starke Politisierung der Staatszerfall-Forschung wird als Kritikpunkt ausgemacht und tatsächlich tauchen die Begriffe, wie der Forschungsstand zu fragiler Staatlichkeit zeigt, in den Sicherheitsstrategien der USA sowie der EU auf. Die wissenschaftlichen Konzepte von fragiler Staatlichkeit haben also anscheinend eine praktische Relevanz für die Strategien, Handlungen und auch die Wahrnehmungen westlicher Regierungen gegenüber „schwachen“ Staaten. Daher umfasste das Forschungsinteresse dieser Arbeit, ob sich selbiges auch für die fünf nicht-westlichen Regierungen beobachten lässt oder ob Konzepte zu fragiler Staatlichkeit vielmehr auf Grundlage der zahlreichen Kritiken abgelehnt werden. Der Anspruch kann dabei jedoch nicht sein, einen Kausalzusammenhang zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs und den Wahrnehmungen der Regierungen herzustellen und anschließend die These aufzustellen, Akteur A beziehe sich in der untersuchten Sequenz auf Forschungsstandperspektive B. Einerseits darf bezweifelt werden, ob die wahrnehmenden Akteure die verschiedenen Forschungsstandperspektiven überhaupt kennen, andererseits erscheint es unmöglich, die Entstehung der Wahrnehmungen zu rekonstruieren, da sich die internen Gedankenprozesse der Regierungsvertreter dem außenstehenden Forscher verschließen. Daher ist es nicht die Intention dieses Fazits, den direkten Einfluss westlicher wissenschaftlicher Theorien auf die Wahrnehmungen und Strategien nicht-westlicher Regierungen zu messen. Vielmehr soll stattdessen eruiert werden, welchen Aspekten der wissenschaftlichen Konzepte und deren Kritiken sich die Wahrnehmungen eher zuordnen lassen und welche Teilaspekte

sich möglicherweise in den Sequenzen wiederfinden lassen. Gleichmaßen lässt sich daraufhin eine Brücke zu der potentiellen Homogenität oder aber Heterogenität der globalen Wahrnehmungen zu fragiler Staatlichkeit durch Regierungen schlagen, schließlich wurde bereits im Forschungsstand deutlich, dass sowohl die USA, als auch die EU die Konzepte bereits an prominenter Stelle übernommen haben.

Augenscheinlich ist bei der Sequenzanalyse zunächst, dass Begrifflichkeiten wie „fragile Staatlichkeit“ oder „Staatszerfall“ und die damit verwandten Termini des Diskurses in dem untersuchten Material nicht auftauchen. Während des Untersuchungszeitraumes wurde Afghanistan also von den fünf Regierungen nicht direkt als fragiler oder gescheiterter Staat betitelt. Daraus lässt sich jedoch nicht folgern, dass die untersuchten Regierungen den Konzepten zu fragiler Staatlichkeit kritisch gegenüberstehen. Vielmehr lässt sich aus den zahlreichen Beschreibungen Afghanistans, verknüpft mit Begriffen wie „Unsicherheit“, „Instabilität“ oder „Bedrohung“, ableiten, dass fragile Staatlichkeit sowie gewisse Indikatoren, welche die Fragilität begünstigen, von den Regierungen Irans, Pakistans, Indiens, Chinas und Russlands als real wahrgenommen werden. Vor allem die Theorie des ‚spill-over‘ von fragiler Staatlichkeit, also die Ausweitung von Zerfallsprozessen über territoriale Staatsgrenzen hinaus, wird von den Regierungen als von Afghanistan ausgehende Bedrohung der jeweiligen Sicherheitsinteressen interpretiert. Die schwache Staatlichkeit Afghanistan äußert sich dabei insbesondere durch die mangelnde Fähigkeit der Regierung, das gesamte Staatsterritorium zu kontrollieren und die weiterhin instabile Sicherheitslage. Im Konkreten stellen aus der Perspektive der wahrnehmenden Akteure vor allem der von Afghanistan ausgehende Terrorismus und Drogenschmuggel eine Gefährdung dar, welche im Sinne der ‚spill-over‘-Theorie auf das Territorium der untersuchten Regierungen ausstrahlen können.

Insgesamt zeigt die Rückbindung der Forschungsergebnisse an den Forschungsstand also einige Parallelen zwischen den kommunizierten Wahrnehmungen der fünf Regierungen und den Theorien zu fragiler Staatlichkeit. Allen voran die Theorie des ‚spill-over‘-Effektes scheint für die Regierungen eine reale Bedrohung durch Afghanistan zu sein. Ohne die Diskursbegriffe direkt zu verwenden, werden einige Elemente der Konzepte zu fragiler Staatlichkeit also von den fünf Regierungen anerkannt. Die zahlreichen Kritiken an selbigen spielen

in den rekonstruierten Wahrnehmungen hingegen überhaupt keine Rolle. Dementsprechend kann also auch vor dem Hintergrund überregionaler, staatlicher Wahrnehmungen eine Homogenität zwischen westlichen und nicht-westlichen Perspektiven zu fragiler Staatlichkeit konstatiert werden.

B. Selbstreflexion

Das Verfassen einer Forschungsarbeit unterliegt grundsätzlich gewissen Beschränkungen, die sich dem Einflussbereich des Forschers entziehen. Hierzu zählen beispielsweise zeitliche oder finanzielle Ressourcen, sowie Barrieren bei dem Zugang zu Materialien. Gleichmaßen können jedoch auch während des Forschungsprozesses unvorhergesehene Schwierigkeiten aufkommen, die es relativ kurzfristig zu lösen gilt. Bei dieser Abschlussarbeit für den Bachelor-Studiengang „Sozialwissenschaften“ handelte es sich zudem um die erste, gänzlich in Eigenregie verfasste Forschungsarbeit dieses Umfangs. Dementsprechend konnte während des dreimonatigen Prozesses nur schwerlich auf vorhandene Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Die Beschränkungen und Schwierigkeiten, die während des Anfertigens der Arbeit und des Forschungsprozesses aufkamen, sollen daher im Rahmen dieser Selbstreflexion transparent für die LeserInnen aufgearbeitet werden.

Zunächst ist der Mensch aufgrund seiner Herkunft, Sozialisation und (Aus-) Bildung schon im Vorfeld der Forschung gewissen Beschränkungen unterworfen. Die Auswahl des Datenmaterials und auch der Forschungsstandquellen gestaltete sich daher aufgrund sprachlicher Limitationen von Beginn an selektiv und beschränkte sich auf Dokumente in englischer und deutscher Sprache. Sicherlich ist Englisch sowohl in der „scientific community“, als auch in der internationalen Politik die prägende und bevorzugte Sprache, jedoch kann dadurch nicht ausgeschlossen werden, dass weiteres für die Fragestellung relevantes Material auf den Landessprachen der fünf Nationalstaaten existiert, zu welchem aufgrund der Sprachbarriere der Zugang verwehrt bleibt.

Im Kapitel zur Fragestellung wurde die selektive Auswahl der Akteure bereits begründet. Sicherlich hätte die Berücksichtigung von Medien- oder NGO-Perspektiven das Set an Wahrnehmungen ebenso sinnvoll erweitert wie die Rekonstruktion der Wahrnehmungen weiterer Regierungen. Insbesondere die Türkei konnte in der Nachbetrachtung als für das Forschungsinteresse relevanter und spannender Akteur identifiziert werden. Als regionaler und nationalstaatlicher Akteur erfüllt die türkische Regierung ebenso wie die iranische, pakistanische, indische, chinesische und russische Regierung die zur notwendigen Reduktion der Akteure ausgewählten Indikatoren. Zusätzlich war die Türkei jedoch ein Mitgliedsstaat der ISAF in Afghanistan und hätte die Ergebnisse so sicherlich um eine alternative und besonders interessante Perspektive erweitert. Leider haben die zeitlichen Ressourcen letztlich nicht mehr zugelassen, die Wahrnehmungen der türkischen Regierung in Bezug auf fragile Staatlichkeit in Afghanistan noch zu interpretieren.

Eine weitere Schwierigkeit kristallisierte sich erst im Verlauf des Arbeitsprozesses heraus: Die Integration nicht-westlicher Perspektiven zu dem Forschungsstand zu fragiler Staatlichkeit. Die Recherche nach selbigen gestaltete sich schwerer als erwartet, sodass letztlich lediglich Dokumente von indischen WissenschaftlerInnen den globalen, theoretischen Diskurs ergänzen. Insbesondere bei diesem Phänomen, welchem eine direkte Relevanz für viele Nationalstaaten der nicht-westlichen Welt nachgesagt wird, hätte der Forschungsstand von einer größeren Balance zwischen westlichen und nicht-westlichen Theorien durchaus profitiert. Eine angemessene Anzahl an kritischen Perspektiven auf die theoretischen Konzepte zu fragiler Staatlichkeit konnte dementsprechend nur durch kritische, westliche Literatur gewährleistet werden.

Die Auswahl des Forschungsmaterials offenbarte ein weiteres Problem, den Bezug zwischen der Fragestellung und dem existenten Material der untersuchten Regierungen. Schnell wurde hier deutlich, dass die wissenschaftlichen Konzepte und damit verbundenen Diskursbegriffe (wie „state fragility“, „weak states“, „failed states“, „state collapse“, usw...) in den Statements der Regierungsvertreter keine direkte Wiedergabe erfuhren. Dies erschwerte die Auswahl und Interpretation des Datenmaterials. Dementsprechend musste das vorhandene Material, welches Beschreibungen der aktuellen Situation in Afghanistan oder der eigenen Interessen zum Inhalt hatte, vor dem Hintergrund der Fragestellung interpretiert

werden. Diese Erfahrung förderte die für kommende Projekte wichtige Erkenntnis, dass sich die Regierungen mehr für strategische Konzepte und realpolitische Entwicklungen denn für wissenschaftliche Theorien interessieren.

Der Forschungsprozess offenbarte schließlich auch die Limitationen des Wahrnehmungsbegriffes. Die selbstständig erarbeitete Sozialtheorie, welche subjektive Wahrnehmungen als Schlüssel für die menschliche Interaktion identifiziert, kann zwar schlüssig das Entstehen von differierendem sozialen Handeln erklären, eignete sich für diese Forschung jedoch nur bedingt. Das Erforschen der Wahrnehmungen der fünf Akteure hätte bei einer strikten Umsetzung zu rein deskriptiven Forschungsergebnissen geführt, was sowohl die Relevanz der Forschungsfrage, als auch die Spannung des Forschungsprozesses unterminiert hätte. Daher wurde der Wahrnehmungsbegriff also erweitert, um auch die über die bloße Wahrnehmung eines Sachverhaltes hinausgehenden Interessen und Strategien der Regierungen zu erfassen. Sicherlich bietet die Wahrnehmung in den internationalen Beziehungen, wie auch die Forschungsergebnisse verdeutlichen, gewisses Erklärungspotential in Bezug auf die unterschiedlichen Prioritäten der Akteure. Darüber hinaus ist internationale Politik jedoch ebenso durch egoistische Interessen und kalkulierte Strategien hochprofessionalisierter Akteure gekennzeichnet. Dieser Erkenntnis muss möglicherweise die anfängliche Naivität weichen, sodass nun ein realistischeres Verständnis von der Struktur und dem Entstehen von Entscheidungen politischer Akteure gewonnen wurde.

Die während dieser Arbeit aufgetretenen und teilweise auch bewältigten Schwierigkeiten, die existierenden Beschränkungen wissenschaftlichen Forschens und die individuellen Fehler werden jedoch wichtige Erfahrungen für zukünftige Forschungsarbeiten darstellen und können daher auch positive Aspekte beinhalten. Definitiv haben sie, wie der gesamte Forschungsprozess, das Verständnis der Fachdisziplin „Politikwissenschaft“ und der Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ erhöht.

Literaturverzeichnis

A. Forschungsstand

- Abels, Heinz (2010): Interaktion, Identität, Präsentation: Kleine Einführung in Interpretative Theorien der Soziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Alheit, Peter (1999): Grounded Theory. Ein alternativer methodologischer Rahmen für qualitative Forschungsprozesse. URL: http://www.fallarchiv.uni-kassel.de/wp-content/uploads/2010/07/alheit_grounded_theory_ofas.pdf (Stand: 23.02.2015).
- Andersen, Louise (2008): Frage States on the International Agenda. in: Engberg-Pedersen, Lars; Andersen Louise, Stepputat, Finn; Jung Dietrich (Hrsg.): Fragile Situations Background Papers. Danish Institute for International Studies Report 2008:11.
- Baberowski, Jörg (2007): Afghanistan als Objekt englischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn.
- Berger, Peter L.; Luckmann Thomas (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Boulding, Kenneth Ewart (1959): National images and international systems. in: The Journal of Conflict Resolution, Vol 3, No. 2 (Jun. 1959).
- Büttner, Annette (2004): Wenn Chaos regiert. Staatszerfall in Entwicklungsländern: Ursachen, Folgen und Regulierungsmöglichkeiten. Arbeitspapier Nr. 125/2004, Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Chandran, Suba D. (2009): Failure or Functional Anarchy? Understanding Weak/Failing States in South Asia. in: IPCS Issue Brief No 100. Institute of Peace and Conflict Studies, New Dehli.

- Castano, Emanuele; Sacchi, Simona; Gries, Peter Hays (2003): The Perception of the Other in International Relations: Evidence for the Polarizing Effect of Entitativity. in: Political Psychology, Vol. 24, No. 3, 2003.
- Debiel, Tobias (2005): Fragile Staaten als Problem der Entwicklungspolitik. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2005. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, bpb.
- Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. URL: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Stand: 13.09.2014)
- Fischer, Lorenz; Wiswede, Günter (2009): Grundlagen der Sozialpsychologie. Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München.
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (2010): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Verlag Hans Huber, Bern.
- Grevenmeyer, Jan-Heeren (1987): Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert. Express Edition, Berlin.
- Guéhenno, Jean-Marie (2015): Die Kriege des Jahres 2015. URL: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/themen/die-kriege-des-jahres-2015> (Stand: 03.03.2015).
- Hauck, Gerhard (2012): Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Hein, Wolfgang (2005): Vom Entwicklungsstaat zum Staatszerfall. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-29/2005. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, bpb.
- Huria, Sonia (2008): Failing and Failed States: The Global Discourse. in: IPCS Issue Brief No 75, Institute of Peace and Conflict Studies, New Dehli.
- Helman, Gerald B.; Ratner, Steven R. (1992): Saving Failed States. in: Foreign Policy, No 89 (Winter, 1992-1993).
- Jellinek, Georg (1966): Allgemeine Staatslehre, Dritte Auflage. Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg.

- Köhler, Gabriele; Kopp, Johannes (2006): Soziale Wahrnehmung. in: Schäfers, Bernhard; Kopp, Johannes (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lambach, Daniel (2008): Staatszerfall und regionale Sicherheit. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Lambach, Daniel (2010): Gefährliche Davids: Wie schwache Staaten ihre Nachbarn bedrohen. in: Jäger, Thomas (Hrsg.): Die Komplexität der Kriege. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lambach, Daniel; Bethke, Felix (2012): Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit. Eine Übersicht über den Forschungsstand. INEF-Report 106/2012, Universität Duisburg-Essen.
- Lambach, Daniel (2013): Fragile Staatlichkeit: Begriffe, Theorien und politische Diskurse. in: Meyer, Günter; Muno, Wolfgang; Brand, Alexander (Hrsg.): Staatlichkeit in der Dritten Welt – fragile und gescheiterte Staaten als Entwicklungsproblem. Veröffentlichungen Interdisziplinärer Arbeitskreis Dritte Welt, Mainz.
- Meienberg, Martina (2012): Nation-Building in Afghanistan. Springer VS, Wiesbaden.
- Mey, Günter; Mruck, Katja (2011): Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven. in: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.): Grounded Theory Reader. VS Verlag, Wiesbaden.
- Michel, Christian; Novak, Felix (2001): Kleines Psychologisches Wörterbuch. Verlag Herder, Freiburg im Breisgau.
- Mielke, Katja (2007): Der afghanische Bürgerkrieg. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Milliken, Jennifer; Krause, Keith (2002): State Failure, State Collapse, and State Reconstruction: Concepts, Lessons and Strategies. in: Development and Change, Volume 33, Issue 5.
- Myers, David G. (2008): Psychologie. Springer Medizin Verlag, Heidelberg.

- Nay, Olivier (2013): Fragile and failed states: Critical perspectives on conceptual hybrids. in: International Political Science Review 2013 34. URL: <http://ips.sagepub.com/content/34/3/326> (Stand: 05.03.2015).
- Niedhart, Gottfried (2000): Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma. in: Loth, Wilfried; Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München.
- Van Overbeek, Fons; Hollander, Theo; van der Molen, Irna; Willems, Rens; Frerks, Georg; Clingendael, Louise Anten (2009): The Fragile States discourse unveiled. Working Paper I, Peace Security and Development Network, Utrecht.
- Riecke, Henning (2014): Fragile Fortschritte. Afghanistans Sicherheitskräfte brauchen weiterhin internationale Unterstützung. in: Zeitschrift Internationale Politik 4, Juli/August 2014.
- Rotberg, Robert I. (2002): The New Nature of Nation-State Failure. in: The Washington Quarterly 25, 3.
- Rotberg, Robert I. (2003a): Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators. in: Rotberg, Robert I.: State Failure and State Weakness in a Time of Terror, Brookings Institution Press.
- Rotberg, Robert I. (2003b): The Failure and Collapse of Nation-States. Breakdown, Prevention, and Repair. in: Rotberg, Robert: When States Fail. Princeton University Press.
- Schetter, Conrad (2007a): Die Anfänge Afghanistans. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Schetter, Conrad (2007b): Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Schetter, Conrad (2007c): Stammesstrukturen und ethnische Gruppen. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.

- Schetter Conrad (2010): Kleine Geschichte Afghanistans. Verlag C.H. Beck, München.
- Schlagintweit, Reinhard (2007): Afghanistan als Staat im 20. Jahrhundert. in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan. Wegweiser zur Geschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Schlagintweit, Reinhard (2002): Afghanistan's Road to Failure. in: Noelle-Karimi, Christine; Schetter, Conrad; Schlagintweit, Reinhard (Hrsg.): Afghanistan – A Country without a State. IKO-Verlag, Frankfurt am Main.
- Schneckener, Ulrich (2003): Staatszerfall als globale Bedrohung. in: Internationale Politik, 11/2003.
- Schneckener, Ulrich (2004a): Fragile Staaten als Problem der internationalen Politik. in: Nord-Süd aktuell, 3. Quartal 2004. German Institute of Global and Area Studies, Hamburg.
- Schneckener, Ulrich (2004b): States at Risk – Zur Analyse fragiler Staatlichkeit. in: Schneckener, Ulrich (Hrsg.): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Schneckener, Ulrich (2007): Fragile Staatlichkeit und State-Building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen. in: Beisheim, Marianne; Schuppert, Gunnar Folke: Staatszerfall und Governance. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Seidl, Bernhard (2007): Failing states. Der Kollaps staatlicher Institutionen und sozialer Regelsysteme. in: Straßner, Alexander; Klein, Margarete (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. VS Verlag, Wiesbaden.
- Spanger, Hans-Joachim (2002): Die Wiederkehr des Staates. Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungspolitisches Problem. HSFK-Report 1/2002, Frankfurt am Main.
- Straßner, Alexander; Klein, Margarete (2007): Staatszerfall ein neuer Untersuchungsgegenstand? in: Straßner, Alexander; Klein, Margarete (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. VS Verlag, Wiesbaden.

- Strauss, Anselm L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Wilhelm Fink Verlag, München.
- Strübing, Jörg (2014): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatischen Forschungsstils. Springer VS Verlag, Wiesbaden.
- The National Security Strategy of the United States of America (2002). URL: <http://www.state.gov/documents/organization/63562.pdf> (Stand: 12.09.2014).
- Troy, Jodok (2007): Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Politikwissenschaft, 152. LIT, Wien.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Auflage. Mohr Siebeck, Tübingen.
- Weller, Christoph (2000): Die öffentliche Meinung in der Aussenpolitik. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Wörmer, Nils (2013): Afghanistan am Scheitelpunkt der Transitionsphase. in: SWP Aktuell 14.
- Zeitler, Benjamin (2007): Afghanistan. Von der Stammesherrschaft zur Beseitigung der Taliban. in: Straßner, Alexander; Klein, Margarete (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. VS Verlag, Wiesbaden.

B. Forschungsmaterial

- Ministry of Foreign Affairs of the Islamic Republic of Iran (2014): Dr. Rouhani Congratulates New Afghan President. URL: <http://en.mfa.ir/index.aspx?fkeyid=&siteid=3&pageid=2014&newsview=307664> (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the Islamic Republic of Iran (2014): President Rouhani Hopes Unity Process Would Remove Violence in Afghanistan. URL:

<http://en.mfa.ir/index.aspx?siteid=3&pageid=2014&newsview=318144&pro=nobak> (Stand: 11.02.2015).

- Ministry of Foreign Affairs of the Islamic Republic of Iran (2015): Foreign Minister Zarif Highlights Restoring Peace, Stability in Afghanistan. URL:
<http://en.mfa.ir/index.aspx?fkeyid=&siteid=3&pageid=2015&newsview=323713> (Stand: 11.02.2015).
- Press Information Department of the Government of Pakistan (2014): Address by President Mamnoon Hussain At the Pakistan Institute of International Affairs. URL:
<http://www.pid.gov.pk/Importants%20speech%20and%20messages%20%20from%20June%2007,%202013%20up%20to%20Feb%2004,%202015.htm> (Stand: 11.02.2015).
- Embassy of Pakistan Kabul (2014): Prime Minister's Address at the London Conference of Afghanistan. URL:
http://pakembassykabul.com/news_archives_2014.php (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the Government of Pakistan (2014): Statement by Adviser to the Prime Minister on Nationals Security and Foreign Affairs Fourth Ministerial Conference of the Heart of Asia-Istanbul Process. URL: <http://www.mofa.gov.pk/pr-details.php?prID=2351> (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of External Affairs of the Government of India (2014): Prime Minister's Conversation at Council on Foreign Relations. URL:
http://www.mea.gov.in/interviews.htm?dtl/24053/Transcript_of_Prime_Ministers_conversation_at_Council_on_Foreign_Relations (Stand: 11.02.2015).
- Embassy of Pakistan Kabul (2015): Foreign Secretary Attends First Round of China-Afghanistan-Pakistan Trilateral Strategic Dialogue, Meets with his Counterpart and Calls on Afghan Ministers. URL:
http://www.pakembassykabul.com/news_events.php (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of External Affairs of the Government of India (2014): Speech by

External Affairs Minister at the meeting of International Contact Group (ICG) on Afghanistan. URL: <http://www.mea.gov.in/Speeches-Statements.htm?dtl/22755/Speech+by+External+Affairs+Minister+at+the+meeting+of+International+Contact+Group+ICG+on+Afghanistan+in+New+Delhi> (Stand: 11.02.2015).

- Ministry of External Affairs of the Government of India (2014): Prime Minister congratulates Dr. Ashraf Ghani on his election to the office of President of Islamic Republic of Afghanistan. URL: http://www.mea.gov.in/press-releases.htm?dtl/24095/Prime_Minister_congratulates_Dr_Ashraf_Ghani_on_his_election_to_the_office_of_President_of_Islamic_Republic_of_Afghanistan (Stand: 11.02.2015).
- Permanent Mission of India to the UN (2014): India's Statement at UNAMA. URL: <https://www.pminewyork.org/pages.php?id=1946> (Stand: 08.03.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2014): Xi Jinping Holds Talks with President Ashraf Ghani of Afghanistan, Stressing China Values Developing China-Afghanistan Strategic Cooperative Partnership and Hopes Afghanistan Achieve Enduring Peace and Stable Development. URL: http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zzjg_663340/yzs_663350/gjlb_663354/2676_663356/2678_663360/t1205547.shtml (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2014): Wang Yi: China is Willing to Play Constructive Role in Peaceful Reconciliation Process of Afghanistan. URL: http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zzjg_663340/yzs_663350/gjlb_663354/2676_663356/2678_663360/t1207127.shtml (Stand: 11.02.2015).
- Global Times (2014): Speech by Premier Li Keqiang at Fourth Ministerial Conference of Istanbul Process on Afghanistan. URL: <http://www.globaltimes.cn/content/889388.shtml> (Stand: 11.02.2015).
- Embassy of the People's Republic of China in the Islamic Republic of

Afghanistan (2014): Ambassador Deng Xijun Delivers a Speech at the Afghan Institute for Strategic Studies. URL: <http://af.china-embassy.org/eng/zagx/sbgx/t1150446.htm> (Stand: 11.02.2015).

- Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2014): Concept of the Foreign Policy of the Russian Federation. URL: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-osndoc.nsf/1e5f0de28fe77fdcc32575d900298676/869c9d2b87ad8014c32575d9002b1c38!OpenDocument> (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2014): Answer by the Russian Foreign Minister Sergey Lavrov and his answers to questions from the mass media during his meeting with young diplomats of the Republic of Tajikistan. URL: http://www.afghanistan.mid.ru/en/pr_12.html (Stand: 11.02.2015).
- Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2014): Remarks by Foreign Minister Sergey Lavrov during an open lecture on Russia's current foreign policy. URL: http://www.mid.ru/BDOMP/Brp_4.nsf/arh/28BF39A9DFD8DDE544257D77005CCE7B?OpenDocument (Stand: 11.02.2015).

Anhang

Anhang 1: Fragile States Index 2014 . URL: <http://ffp.statesindex.org/rankings-2014> (Stand: 02.10.2014)

Fragile States Index 2014		Total	Pressures	Refugees and IDPs	Group Grievance	Human Flight	Uneven Development	Decline	State	Public Services	Human Rights	Security Apparatus	Factionalized Elites	External Intervention
1	South Sudan	112,9	9,1	10,0	10,0	6,8	8,9	8,8	9,7	9,9	9,9	9,9	10,0	9,9
2	Somalia	112,6	9,5	10,0	9,3	8,9	8,7	9,1	9,1	9,6	9,8	9,4	10,0	9,2
3	Central African Republic	110,6	8,7	10,0	9,5	7,0	9,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,9	9,7	9,9
4	Congo (D. R.)	110,2	9,4	9,9	9,6	7,2	8,5	8,2	9,3	9,4	10,0	9,4	9,5	9,8
5	Sudan	110,1	8,6	9,7	9,9	8,7	8,2	8,1	9,3	9,1	9,3	9,6	10,0	9,6
6	Chad	108,7	9,6	9,8	8,5	8,3	8,8	7,7	9,4	10,0	9,5	9,1	9,8	8,2
7	Afghanistan	106,5	8,8	9,3	8,7	7,8	7,5	8,3	9,5	9,0	8,3	10,0	9,4	9,9
8	Yemen	105,4	9,1	9,0	9,3	7,3	7,8	9,1	8,9	8,5	9,0	9,5	9,4	8,5
9	Haiti	104,3	8,7	8,5	7,0	9,1	9,3	9,4	8,9	9,5	7,5	7,5	9,1	9,8
10	Pakistan	103,0	8,8	8,8	10,0	6,9	7,6	7,5	8,5	7,6	8,6	9,9	9,5	9,3
11	Zimbabwe	102,8	8,9	8,4	8,1	8,3	8,3	8,3	9,3	8,8	8,6	8,1	10,0	7,7
12	Guinea	102,7	8,0	8,3	8,4	7,5	7,9	8,9	9,9	9,2	8,5	9,2	9,6	7,3
13	Iraq	102,2	8,0	8,5	10,0	8,0	8,1	7,0	8,7	7,7	8,7	10,0	9,6	7,9
14	Cote d'Ivoire	101,7	7,8	9,1	9,0	7,0	7,6	7,4	8,8	8,7	8,7	8,8	9,4	9,4
15	Syria	101,6	6,0	10,0	10,0	6,9	6,9	6,7	9,8	7,2	9,9	10,0	9,6	8,6
16	Guinea Bissau	100,6	8,5	8,1	6,0	8,3	8,1	8,4	9,3	9,1	7,5	8,6	9,6	9,1
17	Nigeria	99,7	8,3	6,9	9,8	7,0	8,9	7,3	8,8	9,0	8,7	9,5	9,5	6,0
18	Kenya	99,0	8,7	8,2	9,3	7,8	8,0	7,9	8,4	8,2	6,8	8,2	9,3	8,2
19	Ethiopia	97,9	9,4	9,0	8,9	6,7	7,3	7,4	7,1	8,9	8,0	8,1	8,7	8,4
19	Niger	97,9	9,3	8,2	7,5	6,6	7,9	8,1	7,8	9,3	7,3	8,4	8,9	8,6
21	Burundi	97,1	8,7	9,0	8,1	6,5	7,5	8,8	8,1	8,6	8,0	7,4	7,9	8,5
22	Uganda	96,0	8,7	8,7	8,3	6,9	7,6	7,3	7,8	8,3	7,6	7,9	8,9	8,0
23	Eritrea	95,5	8,5	7,3	6,4	7,5	7,2	8,0	8,8	8,4	9,2	7,6	8,1	8,5
24	Liberia	94,3	8,5	9,1	6,5	6,9	8,0	8,0	6,9	9,3	6,3	6,8	8,3	9,7
24	Myanmar	94,3	7,3	8,2	9,3	5,3	8,1	7,0	9,3	8,3	8,0	8,0	8,6	6,9

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname	Sürdt, Fabian
Telefon	0176/3279407
E-Mail	fabian.suerdt@gmx.de
geboren am	19.04.1991
Matrikelnummer	1207782

an Eides statt, gegenüber den mit dem Studiengang *Bachelor Sozialwissenschaften* betrauten Lehrstühlen und Professuren der Universität Augsburg, dass die vorliegende, an diese Erklärung angefügte Abschlussarbeit, selbständig und unter Zuhilfenahme ausschließlich der im Literaturverzeichnis genannten Quellen angefertigt wurde. Diese Arbeit wurde in dieser oder ähnlicher Form noch nicht für andere Prüfungszwecke eingereicht.

Dozent	Dr. Ulrich Roos
Thema der Arbeit	Regionale Wahrnehmungen von fragiler Staatlichkeit in Afghanistan
Semester WS/SS	Wintersemester 2014/2015

Augsburg, 09. März 2015,

Ort, Datum, eigenhändige Unterschrift